

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Kampfprolet“, „Die Rote Sichel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Bittersbach, Gottesberg, Nieder-Permsdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrenn, Weisklein, Wagnersdorf.

Anzeigenspreis: Die 10gepaltene Mittelzeile ab deren Raum 100 Worts... pfeinigt, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Verlosungen und Besondere Anzeigen 5 Worts pfeinigt. - Kellereipreis: Die Mittelzeile 3 Worts ab deren Raum im Text 50 Worts pfeinigt.

Mittwoch, 17. Dezember 1924.

Bestandpreis: Der wochentlich 5maligem erscheinenden monatlich... 50 Pfg. wochentlich 50 Pfg. Einzelheft 10 Pfg. Abbestellung und Expedition: Breslau, Kronenberger Straße 50. Bestellschicks: Breslau Nr. 44. Fernsprecher: Breslau 3113.

Die Antwort auf das Verbot der SAZ. Verdoppelung unserer Abonnentenzahl!

Paul Löbe.

Vor acht Tagen wurde die „Schlesische Arbeiterzeitung“ auf die Dauer einer Woche verboten. Warum? Seine Majestät der Sohn des Reichspräsidenten war durch den Ausdruck „Barmat-Heilmann-Ebert-Schweneberg“ beleidigt worden! Und da wir ein so wunderbares Republikanengesetz haben, das zwar ursprünglich gegen die Kappisten erlassen wurde, das aber heute ausschließlich der Kommunistenverfolgung dient, erhielt die „Schlesische Arbeiterzeitung“ das siebente Verbot innerhalb eines halben Jahres.

In Vorkriegszeiten gab es überhaupt keine Presseverbote. Der Majestatsbeleidigungsparagraph hatte in den aller seltensten Fällen Bestrafungen von Redakteuren zur Folge. Im Deutschland des Sozialdemokraten Ebert hingegen, in dem der Byzantinismus die tollsten Blüten treibt, wird die gesamte Familie Ebert bis in das dritte und vierte Glied durch Presseverbote vor allen kommunistischen Angriffen geschützt.

Der sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer trobt eine ausgesprochene Parteipolitik.

Während der sozialdemokratische Oberpräsident von Oberschlesien unser Blatt unbeanstandet weiter erscheinen läst, wird es vom sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Schlesien verboten.

Der Barmat-Skandal war nur der Vorwand zum Verbot.

Der wahre Grund bestand in der Aufdeckung der Raschaffare.

Daß ein führender Sozialdemokrat, Mitglied der Bezirksleitung Schlesien der SPD., Mitglied der Presse-

kommission der „Vollwacht“, Stadtrat, Geschäftsführer des Breslauer Gewerkschaftshauses, ich gleichzeitig Aufsichtsrat in dem Bürgerlichen Brauhaus und in der Lunapark-Aktiengesellschaft sein... der himmelschreiende Skandal mußte vertuscht werden. Zu diesem Zwecke reichten sich Paul Löbe, Chefredakteur der „Vollwacht“, Zimmer, Oberpräsident von Schlesien und Aufsichtsrat der Schlesischen Funktunde, und Rasch, Aufsichtsrat des Bürgerlichen Brauhauses und des Lunaparks, die Hände.

Warum erfolgte das Verbot auf einen Artikel vom 4. erst am 9. Dezember?

Weil die KPD. Schlesien die Hälfte ihrer wenigen Wahlstimmen am 7. Dezember verlor!

Weil wir zu wenig in den Betrieben und Gewerkschaften verankert sind, wie die Wahl beweist!

Weil das Verbreitungsgebiet der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ zu klein ist!

Hier gilt es, den Hebel anzusetzen.

Keine Mulkosigkeit wegen der Presseverbote! Keinen Rückgang an Abonnenten!

Umgekehrt:

Auf jeden Hieb ein Gegenhieb!

Verdoppelung der Zahl der Abonnenten!

Verdoppelung der Zahl unserer Mitglieder!

Stärkung unseres Einflusses in den Betrieben und Gewerkschaften!

Mit doppelter Kraft an die Arbeit — und kein Zimmer, keine SPD-Oberpräsident wird es wagen, den Presseterror gegen unser Blatt fortzusetzen.

Rasch und der Gauftall im Gewerkschaftshaus.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Warum die „Vollwacht“ auf die Angelegenheit Rasch nicht antwortet, ist erklärlich:

Rasch ist Mitglied der Preßkommission, Rasch ist Mitglied der Bezirksleitung.

Ebenso wenig wie die „Vollwacht“ etwas gegen Wiersich schreiben durfte, so wenig darf sie gegen Rasch Stellung nehmen.

Ebenso ist auf Betreiben von Rasch die Angelegenheit Frey-Vogt „Freie Meinung“ im Sande verlaufen. Der orkliche Parteivorstand mußte erklären, die Sache wäre verahit! Frey ist der Schwiegerjohn von Rasch. Die Spahen pfeifen es von den Dächern, daß das Geschäft des Frey von den Geldern der Gewerkschaftshaus-Spartasse finanziert würde. In der Ortsauschussitzung ist die Frage gestellt worden, ob auch die Gelder, die an Private verliehen wurden, zugunsten des Gewerkschaftshauses aufgewertet werden. Rasch hat geschwiegen.

Auf Raschs Antrag mußte der Verband der Buchdrucker ihr dem Rasch genehmes Mitglied in die Lokalkommission vorschlagen, obwohl der zuerst vorgeschlagene bereits seine Aufnahmebestatigung für die Partei ausgefüllt hat. Sogar der Parteisekretär Lüdtke war mit der Aufnahme einverstanden. Erst auf Betreiben des Rasch sowie des ehemaligen Unabhängigen Ruhnerl mußte die Aufnahme verschoben werden. Mittlerweile war die Lokalkommission, wie sie Rasch wünscht, „gewählt“ worden. Am dem Abend, an dem über die Aufnahme dieses Mitgliedes entschieden werden sollte, waren absichtlich nur vier Parteivorstandsmitglieder erschienen. Infolgedessen war der Vorstand nicht beschlussfähig.

Von dem Aufsichtsratsposten im Lunapark hat Rasch in der Ortsauschussitzung nichts erwähnt. Die Lokalkommissionsmitglieder müssen zu allem, was Rasch wünscht, die Zustimmung geben, weil

die Tochter der Aufsichtsratsmitglieder in der Spartasse des Gewerkschaftshauses beschäftigt sind.

Es war zu erwarten, daß Raschs Frau aus der Küche entfernt wird, die Stelle soll von einem Rasch besetzt werden, damit endlich mal ein Weberblid über die Verrentung der Küche möglich ist. Auch hier wird alles mögliche gemunkelt.

In der Gewerkschaftshaus sind 3 Geschäftsführer, aber zwei davon gelten als Raschs Hausnechte. In die Geschäftsführung bekommen die beiden keine Ein-

sicht. Sie dürfen noch nicht einmal an den Sitzungen der Lokalkommission teilnehmen. Rasch diktiert und die Lokalkommission muß gehorchen.

Privat erklärt Rasch: Solange Kommunisten im Ortsauschuss sind, gibt er keinen schriftlichen Bericht heraus.

Auch der mündliche Bericht ist recht unklar. Die SPD hat zwei Sitze in der Lokalkommission, davon hat einen Sitz Rasch.

Der frühere Kartellvorsitzende und jetzige Landrat Seibold hat Rasch einmal einen modernen Judas Ischariot genannt, aber all die Anklagen prallen an diesem Keil ab.

Die Herren Kollegen Ruffert und Wiersich stützen ihn, dafur sind sie auch in den Aufsichtsrat gekommen. Als die Stadtratsstellen zu besetzen waren, verlangte er von der Partei, daß er berücksichtigt wird. Die Partei mußte ihm dieser Gefallen erweisen. Heute ist er den ganzen Tag weg vom Gewerkschaftshaus, aber die Geschäfte gibt er nicht aus der Hand, damit ja niemand hinter die Kulissen gucken kann.

Die Delegierten im Kartell, soweit sie der KPD angehören, schweigen bei solchen Vorkommnissen. Keiner von den Delegierten hat protestiert gegen die Entfernung des freigewerkschaftlichen Jugendkartells. Darüber lacht sich Rasch ins Faustchen.

Ein Zentrumsmann über Sowjetrußland.

In der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ vom 16. Dezember schreibt ein Zentrumsmann über die ober-schlesisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen am Jahresende: Er untersucht die Gründe dafür, daß sich die Wirtshaftsmoglichkeiten der ober-schlesischen Industrie nicht in dem Maße erweckern, wie man gehofft habe, und kommt zu folgendem Resultat:

Zwar hat Rußland Bedarf für viele Waren, die in Oberschlesien erzeugt werden, doch sind dadurch, daß allmählich die russische Industrie selbst den Konsum des Landes zu decken beginnt, Geschäfte erheblicher Art nicht in Fluss gekommen.

Hier gibt ein Bürgerlicher weder Anlaß zu, daß die russische Industrie sich entwickelt, daß sie beginnt, selbst diejenigen Bedürfnisse zu befriedigen, die für das alte Grenzland zu befriedigen unabhängig war. In das alte Grenzland wurden Militarvorrat von Rußland eingeschifft, Rußland verdrängte sich und demnach hungerten die Bolschewiken. Heute stellt sich Rußland auf eigene Füße, es beginnt die Produkte für den eigenen Verbrauchsbedarf selbst herzustellen, es berührt den Hunger, es schafft die Grundlagen der sozialistischen Wirtschafts-

Deutschland. — Rußland: zwei Schicksale, zwei Welten! Welcher Weg ist der richtige? Arbeiter entscheiden!

Paul Löbe war einmal einfacher Arbeiter, wie Du, Prolet. Er war Seher in einer Druckerlei und führte einen scharfen Kampf gegen das Unternehmertum. 1913 ging er ins Gefängnis, denn er schrie im Kampfe gegen den Klassenfeind vor keinem Opfer zurück. Damals, als revolutionärer Arbeiter, erwarb er sich die Liebe und das Vertrauen des Proletariats. Die Bourgeoisie jedoch hate und fürchtete ihn.

Da kam der Krieg, der Umfall der Sozialdemokratie, den Löbe mitmachte, die halbe Revolution von 1918 und das allmähliche Wiederverstarken der Bourgeoisie. Löbe wurde Reichstagspräsident und er, einst der gefürchtete Feind der Bourgeoisie, wurde ihre Liebhaber und Fürsprecher.

Wieso kam das? Ist die Bourgeoisie sozialistisch geworden oder Löbe kapitalistisch?

Die Antwort sollen einige Beispiele lobescher Praxis aus der letzten Zeit geben.

Sieben Monate war unser Genosse Max Gläser in Untersuchungshaft. Weil das Anlagematerial gegen ihn nicht ausreichte, wurde er nach sieben Monaten aus der Haft entlassen. Sieben Monate waren Genosse Radlewski und Frau, neun Monate Genosse Eilbermann in Untersuchungshaft. Seit sieben Monaten ist Paul Löbe leitender Redakteur der „Vollwacht“.

Die „Vollwacht“, die einstmal einen unerhorbenen Kampf gegen die Klassenjustiz geführt hat, brachte noch nicht eine einzige Zeile über diesen Skandal. Ende März wurde unser Genosse Horst Frohligh ohne Haftbefehl verhaftet. Die „Vollwacht“ schwieg. Ein paar Tage darauf verhaftete man unseren Bezirkssekretar Genossen Smolka, wiederum ohne Haftbefehl. Nach einem Monat Haft kam er frei. Wieder schwieg Paul Löbe. Duzende führender Kommunisten sitzen in schlesischen Kerker. Paul Löbe, der ehemalige Klassenkämpfer, findet kein Wort des Protestes.

Der schlesische Landessekretar des ADGB, Wiersich, der bei allen Kämpfen der Arbeiter auf Seiten der Unternehmer stand, erklärte einmal: „Die Arbeiter müssen mit der Peitsche niedergehalten werden.“ Als Löbe von der Veroffentlichung dieses Ausspruches durch den langjährigen „Vollwacht“-Redakteur Gathmann erfuhr, zweifelte er nicht etwa die Richtigkeit des Ausspruches an, sondern tadelte diesen „Vertrauensbruch“ Gathmanns. Er deckte also diesen Arbeiterverrater Wiersich.

Jetzt hat sich in Breslau ein Skandal ereignet, der alles bisher dagewesene in den Schatten stellt: Ein sozialdemokratischer Stadtrat, Geschäftsführer des Breslauer Gewerkschaftshauses, führendes Mitglied des Breslauer Ortsauschusses des ADGB, „Genosse“ Rasch, ist in den Aufsichtsrat der Lunapark-Aktiengesellschaft und des Bürgerlichen Brauhauses eingetreten. Unsere Zeitung wird wegen Aufdeckung dieses Skandals vom Sozialdemokraten Zimmer verboten, wenn auch der Vorwand für das Verbot ein anderer war.

In Vorkriegszeiten hätte eine solche Korruption einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Mit Schimpf und Schande wären diese faulstichigen Subjekte aus der Partei herausgeworfen worden. Und heute? Heute deckt Paul Löbe, decken alle führenden Sozialdemokraten diese Kloake zu. Sie verschweigen den Skandal, wagen weder dafür, noch dagegen Stellung zu nehmen. Dabei ist dieser Vorfall doppelt kompromittabel, weil das Bürgerliche Brauhaus gleichzeitig der Bierlieferant des Breslauer Gewerkschaftshauses ist.

Die Arbeiter müssen es sich abgewöhnen, die Führer nur auf Grund ihrer revolutionären Vergangenheit zu beurteilen. Nicht, was jene früher geleistet haben, sondern was sie heute tun, entscheidet. Früher waren sie die Feinde der Bourgeoisie und gingen ins Zuchthaus, heute sind sie ihre Liebhaber und werden mit Ehrenposten (Reichstagspräsident, Aufsichtsrat, Minister usw. usw.) belohnt. In der Praxis besteht kein grundsätzlicher Unterschied zwischen linken und rechten Sozialdemokraten, zwischen Ehrenmannern a la Löbe, Peitschenbanzen a la Wiersich, Aufsichtsräten a la Rasch. Sie alle stehen im selben Sumpf. Sie alle bedecken den Sumpf zu. Sie alle kämpfen gegen die Kommunisten. Sie alle haben den Freundschaftsbund mit dem Kapital geschlossen.

Arbeiter, erkennt eure Führer und ihre Vergehen! Wer die alten Traditionen der einstmaligen revolutionären Sozialdemokratie hochhalten will, gehört zu uns, zur KPD.

Zille, der Mann des Volkes, der beliebteste Arbeiterzeiger, sagt es mit einfachen Worten: „Ich bin seit meinem 14. Lebensjahr (1872) Sozialist. Seit 1914 nicht mehr. Seitdem die Kommunisten das lägen und verfolgten, was früher die Sozialisten tun wollten, aber nicht getan haben, bin ich Kommunist!“

Haarmann in Hannover - Ebert in Magdeburg

Zwei Prozesse in der deutschen Republik.

Haarmann, Vollzei und Justiz auf der Anklagebank

Die bürgerlichen Blätter berichten spaltenlang über den Haarmannprozess. Sensationsblätter leben von den Verwicklungen, die dieser Prozess zutage fördert. Deutsche Spießer und überreizte Sexualadulter leben mit Befriedigung die tragischen Einzelheiten bei der Ermordung der Opfer Haarmanns. Vornehme Huren erbauden sich an den „Belehrungen“ der kapitalistischen Presse. Haarmann ist das Rätsel der exultanten Kreise geworden. Die Proletarier finden kein Vergnügen an den widerwärtlichen Schweinereien und an den Blutorgien dieses Sexualmörders, sondern sie wollen hinter die Kulissen dieses Prozesses schauen, denn dort sollen Justiz, Polizei, die ganze bürgerliche Gesellschaft, ebenfalls als Angeklagte.

Der siebente Verhandlungstag war von besonderer Wichtigkeit. Es kam der Fall des ermordeten Rothe zur Verhandlung. Der Vater des Rothe führte aus, daß eines Tages einmal sein Sohn länger ausgeblieben sei. Er bekam alsbald die Nachricht, daß sein Sohn mit Haarmann zusammen gesehen worden sei.

Herr Rothe ging darauf zur Polizei, die mit ihm in Haarmann glog, der wir der einen jungen Mann bei sich hatte. Gefunden wurde nichts.

Als der Zeuge Emmels, ein Freund des ermordeten Rothe Angaben über die Art der Hausdurchsuchung bei Haarmann machen wollte, wurde ihm das Wort entzogen. Kriminalassistent Braun, der seinerzeit die Durchsuchung bei Haarmann in der Celler Straße vornahm, kamte Rothe schon seit Kindheit. Mit dem Vater Roth's ging er in die Celler Straße. Haarmann lag mit einem jungen Mann im Bett. Der Kriminalassistent sagte folgende interessante Worte vor Gericht:

„Ich habe in dem Zimmer nur eine lebende Person gefunden. Ich habe mit dem Stock unter das Bett gerührt. Wer denkt denn daran, daß wenn jemand einen anderen umbringt, er den Schädel acht Tage im Zimmer stehen läßt.“

Während der Zeit der Hausdurchsuchung durch den Kriminalassistenten Braun hat tatsächlich ein Menschenhädel in einer Kiste neben dem Bett gestanden. Der Beamte hat selbstverständlich nichts gefunden, denn er suchte nur lebende Menschen.

Ein Mordfall nach dem anderen wird behandelt. Haarmann nimmt alles mit gelassener Ruhe auf sich. Die Eltern der Ermordeten stehen vor Gericht und klagen an. Haarmann sagt, stimmt und läßt zynisch.

Der Fall Paul Franke beweist noch einmal deutlich, daß Haarmann mit der Polizei ein Herz und eine Seele war. Es wurde der

Kriminalkommissar Müller

vernommen. Vorl.: „Was wissen Sie zu dem Fall Franke zu sagen?“ Zeuge Müller: „Es kamen die Fräulein Schulz und Mrazek auf mein Dienstzimmer und erzählten, daß sie einen jungen Mann im Bett des Haarmanns mit dem Gesicht zur Wand hätten liegen sehen. Abends war der junge Mann fort, doch der Mrazek hing noch dort. Haarmann sagte den beiden, daß er dem jungen Mann seine Sachen gegen bessere ausgetauscht habe. Am nächsten Tage hätten sie einen Topf mit Fleischstücken bei Haarmann gesehen. Sie drückten mit zwei Fleischstücke. Es waren nur zwei kleine Stückchen. Es sah aus wie Schweinefleisch. Ich ging mit den Frauen zum Gerichtsarzt, der das Fleisch eingehend untersuchte und jagte, es wäre Schweinefleisch, von der Schnauze.“ Vorl.: „Was hat Haarmann dazu?“ Zeuge: „Das kann ich nicht sagen. Es war so wie Schwarze. Der Arzt sagte, es wäre bestimmt kein Menschenfleisch.“ Vorl.: „Der Verdacht wurde also geäußert, daß es Menschenfleisch ist?“

Der Zeuge muß das zugeben (!). Vorl.: „Haben Sie noch etwas veranlaßt?“ Zeuge: „Ich habe den Franke erklärt, daß es kein Menschenfleisch war. Am nächsten Morgen wurde eine gründliche Durchsuchung der Wohnung Haarmanns vorgenommen, unter dem Vorwande, daß nach Diebstahl gesucht wurde. Ich habe ausdrücklich den Beamten darauf hingewiesen, daß nach Verboten gesucht werden müsse. Die Hausdurchsuchung wurde von dem Beamten Lamm und von mir vorgenommen.“ Vorl.: „Hatten Sie die Bahnhofswache?“ Zeuge: „Ja.“

Die Bahnhofswache war mit unterstellt.“

Vorl.: „Hat Haarmann Spitzelarbeit für die Polizei geleistet?“ Zeuge (zögernd und flüchtig): „Nur als sogenannter Zuträger.“ Staatsanwalt fällt eifrig ein: „Der richtige Ausdruck dafür ist Spitzel.“

Im Falle des ermordeten 13jährigen Ehrenberg traten die Zeugen mit ungeheuren Anliegensmaterial gegen die Polizei auf. In die Lage getrieben erklärte der Vorsitzende wütend:

„Wir sind doch nicht dazu da zu prüfen, ob die Polizei ihre Schlichtigkeit getan hat.“

Das Gericht erklärt sich also solidarisch mit den Schurkern der Polizei. Warum? Weil Haarmann ein wichtiger Mann war, den man als Spitzel gegen die SPD nicht entbehren konnte.

Selbst der liberale Professor Theodor Lehmann, der Berichterstatter in Hannover ist, schreibt:

„Und sobald Haarmann von der Polizei spricht, da entläßt er sie und sobald die Polizei vor Gericht erscheint, da wird auch der Herr Vorsitzende nach der Herr Staatsanwalt ungenügend anständig (!).“

Da helfen auch alle noch so standalösen Verhöhnungs-

versuche des Vorl., den des hannoverschen Schwurgerichts nichts, der gegen einen Antrag des Staatsanwalts (!) mit den Worten wütete:

„Wir können dem Angeklagten nicht zumuten, jeden Abend bis 7 Uhr zu sitzen.“ (!)

Wie wird sich ein Haarmann über die wohlwollende und zuvorkommende Haltung des Prozeßleiters geehrt und geschmeichelt vorkommen. Nun, Haarmann weiß, wie er sich zu revanchieren hat. Er „entlastet“ die Polizei.

Ein Haarmann, der die Polizei entlasten muß, ist wirklich ein ausgezeichnetes Symbol für die Verlogenheit und Korruption einer bereits in Verwesung übergegangenen Bourgeoisie.

Am 8. Sitzungstage erklärte Haarmann:

„Ich möchte gern eine Zigarre rauchen.“

Darauf wurde die Sitzung auf 1 Stunde vertagt. Bei Wiedereröffnung sagte Haarmann:

„Ich will jetzt wieder verhandeln.“

So steht ein 30facher Mörder vor Gericht. Doch es ist ja einer von den Thirgen.

Wieviel Haarmänner werden noch im Dienste der Bourgeoisie sein, bevor das Proletariat mit starkem Arm aufräumt?

Wir bringen hier die wichtigsten Feststellungen.

Erst am 10. Verhandlungstag:

Haarmann: „Am 8. Tages kam Kommissar Müller zu mir. Er sagte, daß ich solle doch der Polizei ein Verhör geben.“ Ich habe dann der Polizei

„Man sollte uns eigentlich dankbar sein!“

Es haben mehrere Sitzungen der Streikleitung stattgefunden an denen Ebert, Bauer, Altmann und ich teilnahmen. In diesen Sitzungen zeigte sich erst, wie dringend notwendig unser Eintritt in die Streikleitung im Interesse des Vaterlandes gewesen war. Durch das feilsche Vorgehen der Regierung waren die Arbeiter aufs höchste gereizt. Sie wollten es mit den härtesten Maßnahmen und Entschlüssen beantworten. Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären, dann würde wahrscheinlich das Gericht heute nicht tagen können und dann wäre der Krieg und alles andere mirer festen Niederzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen. Die Arbeiter hätten sich nicht, ohne sich zu wehren, niederschlagen lassen. Es wäre ein tolles Solusabduktion eingetreten. Und derzeit bestand die Gefahr des in allen Breiten ausbrechenden und des Eintritts russischer Truppen. Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet und alles in geregelter Bahn geleitet. Man sollte uns eigentlich dankbar sein, daß uns zu beschuldigen. Wären wir nicht in die Streikleitung eingetreten, dann würde heute die deutsche Zeitung gar nicht in der Lage sein, mich zu beschimpfen, es wäre wohl eine Zigarette geworden die dieser Zeitung ein Ende gemacht und mich wahrscheinlich aufgehängt hätte, wie es mir so oft angedroht worden ist. Wir haben bei unserem Eintritt in die Streikleitung geäußert aus reinem Liebe zum Vaterland und zu unserem Volk.“

(Ebertmann als Zeuge im Ebert-Prozess.)

auch immer Mitteilung gemacht von den Sachen, die ich wahrgekommen habe.“

Haarmann auf die Frage des Vorsitzenden, ob er durch eine Ausweiserte auf dem Bahnhof durch die Sperre gegangen sei: „Nein, nein die kannten, mich doch alle vom Kommissar Müller her.“

Zweiter Verhandlungstag:

Vorsitzender fragt Haarmann, wie oft er tätig gewesen sei. Haarmann: „Einmal einen Treibriemenstahl, einmal die Sache mit dem Papier — — —“

Staatsanwalt (da wüßgenfahrend): „Aber dreiermal ist er für die Polizei als Spitzel tätig gewesen.“

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Haarmann auf der Bahnhofswache zu kommandieren hatte, sagt Haarmann lachend: „Ach, Mann!“

Dritter Verhandlungstag:

Zeugin Frau Poppe: „Haarmann hat gesagt, er wäre bei der Kriminalpolizei tätig, worüber er auch einen Ausweis vorlegte.“

Zeugin Frau Wühlhahn hat auch gehört, daß Haarmann als Kriminalbeamter tätig war.

Zeuge Sutz: „Es war bekannt, daß Haarmann als Spitzel bei der Polizei tätig gewesen ist. Ich habe selbst die Besatzung machen müssen, daß er am Bahnhof Spitzelarbeit gemacht hat.“

Zeuge Reich: Haarmann sagte ihm: „Wenn du einmal in Verlegenheit mit der Polizei kommst und verhaftet wirst, so werde ich dir wieder heranschießen.“

Zeuge Franke wies Haarmann mit den Worten ab, daß er (der Zeuge) einen Kriminalbeamten nicht so leicht anreden sollte.

Zeuge Kurt Peters: „Haarmann hat im Dienste der Polizei gestanden, und als Haarmann eines Tages nach Berlin fuhr und ich ihn fragte, warum, antwortete Haarmann: „Ich habe von der Polizei aus in Berlin zu tun.“

Zeuge Döring: „Haarmann stellte sich mir als Kriminalbeamter vor, nahm mich mit und versprach, mir Stellung zu besorgen.“

Zeuge Willowski: „Ich habe festgestellt, daß Haarmann im Dienste der Kriminalpolizei gestanden hat. Ich habe persönlich gesehen, wie Haarmann dienstlich und freundschaftlich mit bekannten Kriminalbeamten verkehrt hat und bin bereit, die Namen der Beamten zu nennen.“

Erster Verhandlungstag:

Zeuge Kriminalkommissar a. D. Diermann: „Ich kenne Haarmann durch einen anderen Beamten kennen, der mir sagte, daß Haarmann für Polizeidienste geeignet sei.“

Haarmann hat zwei oder dreimal Geld bekommen; er konnte etwas leisten.“

Zeuge Kriminalkommissar Müller sagt auf die Frage des Vorsitzenden, ob Haarmann Spitzelarbeit geleistet hätte: „Nur als sogenannter Zuträger.“

Zeuge Slavski: „Haarmann war mir als Spitzel bekannt.“

Zeuge Ruffner Gut: „Haarmann hat mir gesagt, er arbeite mit Kommissar Müller zusammen.“

Neuer Verhandlungstag:

Zeuge Franz Erdner: „Es wurde mir von einem Bekannten erzählt, daß mein Sohn von einem Kriminalbeamten mitgenommen worden sei. Auf der Polizei wurde mir der Befehl, daß mein Sohn zurück eingeliefert sei.“

Zeuge Ludwig: Haarmann hat sich mit mir mit den Worten vorgestellt: „Frl. Haarmann, Kriminalbeamter.“

Zeuge Hermann Otto: Ich fragte einen Eisenbahnbeamten wer eigentlich der Mann mit dem holländischen Hut sei (Haarmann), der immer die Bahnhöfe kontrollierte. Der Eisenbahnbeamte erwiderte mir, daß sel ein Kriminalbeamter.“

Der Ebertprozess.

In einem kleinen Magdeburger Gerichtssaal spielt sich ein Stück Weltgeschichte ab. Angeklagt ist ein Redakteur eines kleinen völkischen Blattes, weil er den Reichspräsidenten Ebert als einen Landesverräter bezeichnet hat. Wegen der Behauptung, daß Ebert am Muntionsarbeiterstreik im Januar 1918 führenden Anteil hatte, hat Ebert den Prozess gegen diesen „kleinen“ Redakteur angestrengt. Aber nicht darum hat der Prozess seine Wichtigkeit.

Kaiserliche Generale, unter anderen Hindenburg, Fürsten, hohe kaiserliche Beamte, Scheidemann, Noske, Dittmann, die ganze Elite der SPD ist aufgeboten, um zu beweisen, daß Ebert und mit ihm die Sozialdemokratie bis zuletzt die „Vaterlandspflicht“ im Kriege erfüllt hat. Nicht um die Person Eberts dreht sich dieser Prozess, sondern die Sozialdemokratie ist durch die Beleidigung Eberts angegriffen und versucht sich vor dem monarchistischen Mob reinzuwaschen.

Die Nazifisten entpuppen sich im Magdeburger Prozess nicht nur als die schlimmsten Schlächter von Millionen Deutschen, sondern sie zeigen sich auf der einen Seite als die Flebediener der Monarchisten und auf der anderen Seite als die Schwindler vor den Arbeitern. Die Sozialdemokraten sind erneut entlarvt. Sie sind die Speichellecker der Monarchisten.

Je länger der Magdeburger Prozess dauert, je mehr führende Mitglieder der SPD als Zeugen vernommen werden, desto mehr kommt noch einmal zum Ausdruck, welche geradezu hundsgemeine Rolle die Sozialdemokratische Partei während des Krieges gespielt hat. Was sich jetzt in Magdeburg täglich abspielt, ist ein Stück Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, wie es besser und wirkungsvoller von keinem Geschichtsschreiber dargestellt werden kann. Die Aussagen Eberts, des damaligen Partivorsitzenden, die Aussagen Scheidemanns und Noskes zeigen der deutschen Arbeiterschaft mit einer erfreulichen Deutlichkeit, wie diese Gesellschaft im Januar 1918 vor keinem Mittel zurückschreckte, um die immer mehr wachsende Gärung in den Massen abzulassen und umzubiegen. Besonders deutlich hat Scheidemann das zum Ausdruck gebracht. Die an anderer Stelle wiedergegebenen Äußerungen dieses Konterrevolutionärs müssen von allen Arbeitern nicht nur gelesen, sondern auswendig gelernt werden. Bei jeder Gelegenheit, wo die Sozialdemokraten versuchen, den Kampf gegen das Bürgertum zu predigen, müssen ihnen diese Worte um die Ohren geschlagen werden. Scheidemann rühmt sich damit, daß die Massen instande gewesen wären, schon im Januar 1918 die imperialistischen Mordtaten zu beenden, daß es aber die Sozialdemokratie war, die noch einmal Wilhelm II. seinen Thron gerettet und dem Massenmörder Ludendorff seine Position gelassen hat.

Auch Noske hat in Magdeburg noch einmal sein wahres Gesicht gezeigt. Was er auf dem Weimarer Parteitag der SPD. und in seinem Buch „Von Kiel bis Kapp“ schon ausgesprochen hat, daß er der Bluthund der deutschen Revolution sei hat er in seiner Zeugnisaussage noch einmal bestätigt. „Er war der einzige Mann, der fähig wäre, in Kiel einen drohenden Werftarbeiterstreik zu verhindern.“ Mit Pathos rief er diese Worte aus. „Ich selbst habe es klar zu verstehen, diesen radikalen Tendenzen entgegenzuwirken“, sagte er, als er über die Stimmung der Arbeiterschaft in Chemnitz sprach.

So wird das doppelte Gesicht der SPD. — nein, die zwei abhellenen Fratzen — der deutschen Arbeiterklasse noch einmal deutlich gezeigt.

Nicht die Herbeiführung des Friedens, nicht der Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen, nicht der anderen Forderungen galtten die Gedanken Eberts und Scheidemanns, sondern einzig und allein der Erhaltung der Herrschaft Wilhelms II. und der Bourgeoisie und der Fortsetzung der imperialistischen Massenmordtaten. Alle Bereitwilligkeit zur Führung, alle radikalen Phrasen, alles Zweigamachen der Forderungen sollte nur die Arbeiter sorglos und vertrauensvoll machen, damit ihr Kampf um so besser abgewürgt werden konnte.

Was sie aber im Januar 1918 taten, taten sie nach dem November 1918, als die Arbeiter weiter vorstießen. Wieder retteten Ebert, Scheidemann und Genossen die Herrschaft der Bourgeoisie.

So ist die belogene und betrogene Arbeiterschaft wieder in die heutige politische Rechtlosigkeit und wirtschaftliche

Verfassung in diesen grauenvollen Hungerelend hinführen. Es ist wieder eingetroffen, was Lasalle sagte: „Wehe denen, die eine Revolution nur halb durchführen!“

Wie viele Arbeiter haben es den Kommunisten zum Vorwurf gemacht, daß sie unerbittlich und rücksichtslos der Arbeiterschaft die Arbeiterverräter denunzierten.

Heute, angesichts des Magdeburger Geständnisses, sehen sie endlich, daß die Kommunisten kein Wort zuviel gesagt haben.

Aber die deutschen Arbeiter müssen endlich reiflos dahinterkommen, daß die sozialdemokratischen Führer mit zwei Masken spielen.

Heute spielen sie die Doppelrolle genau so wie 1918, heute täuscht das doppelte Gesicht der SPD. nicht wenige Arbeiter.

Der Magdeburger Prozeß soll wenigstens für das Proletariat den Vorteil haben, daß diesen Arbeitern endlich die Augen geöffnet werden.

Breslau

Die neuen Hungerrationen für die Erwerbslosen.

1. Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 15. Dezember ab bis auf weiteres wochentäglich im Wirtschaftsgebiet 1 in den Orten der Ortschaften (Osten, Schellen)

	A	B	C	D	E	F	G
1. für männliche Personen:	Reichsloshilfe						
a) über 21 Jahre	100	83	86	70			
b) unter 21 Jahren	60	56	52	48			
2. für weibliche Personen:	Reichsloshilfe						
a) über 21 Jahre	90	84	78	72			
b) unter 21 Jahren	55	51	47	43			
3. als Familienzuschläge für:	Reichsloshilfe						
a) den Ehegatten	35	33	31	29			
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	25	23	21	19			

2. Für weibliche Erwerbslose über 21 Jahre, die nachweisen, daß sie Familienangehörige zu ernähren haben, gelten dieselben Höchstätze wie für Männer über 21 Jahre.

3. Hinsichtlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Fall folgende Beträge übersteigen:

	in d. Orten d. Ortschaft.			
	A	B	C	D
1. im Wirtschaftsgebiet 1 (Osten)	Reichsloshilfe			
a) bei männlichen Erwerbslosen	235	220	205	190
b) bei weiblichen Erwerbslosen	190	180	170	160

4. Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitslohn vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung), nicht übersteigen.

5. Die selbständigen Unterstützten, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweifelhafte der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

6. Sind Vermögensbeiträge auszahlbar, die nicht durch 5 teilbar sind, so können sie auf den nächsthöheren durch 5 teilbaren Betrag aufgerundet werden.

7. Mit dem Inkrafttreten dieser Anordnung über die Höchstätze in der Erwerbslosenunterstützung tritt die Anordnung vom 9. August 1924 (Reichsarbeitsblatt S. 314) außer Kraft.

Die Stadtverordnetenversammlung.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung am Donnerstag, den 18. Dezember, stehen folgende Vorlagen: Beihilfe von 5000 Mark zum Aufbau des Weidewerkes der Kröhen, Instandsetzung von Gebäuden im Schiedewerder für 10 000 Mark, Schaffung von 42 neuen Stellen für Werkhelfer und Arbeiter. Ohne weiteres werden sich die Stadtverordneten mit der Vorlage: Übernahme der Kosten der Ausbesserung des Grabplatzes des Oberbürgermeisters Dr. Bender nicht einverstanden erklären. Wir fragen nur, was hat der Magistrat für die unschuldigen Opfer des Rapp-Vulches, gemordet von den Aufständischen, getan? Ferner liegen vor: Anfrage betreffend Sperrung des Weges an dem Gelände der Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft in Hohenberg, Antrag betreffend Wiederaufnahme der Hausbahnlinie der Betriebswerke in den Allgemeinen Stadthausanlagen, Antrag der Stadteisenbahn für 13 000 Mark, Anlegung eines Schneeschlappplatzes am Ende der Weidewerksstraße, Anfrage betreffend Aufhebung der Herbergssteuer, Antrag auf Herabsetzung des Zinsfußes im städtischen Realbank, Besserung der Koblener Forstweiden, Wünsche des Ausschusses 3 über Überlassung der Schulräume an Jugendorganisationen. Zum Schluß stehen noch zwei Anfragen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion auf der Tagesordnung: Eine Anfrage des Genossen Kohnstodt betreffend

Kostenübernahme im Gaswerk Dürrgoh und eine Anfrage wegen der bisher noch nicht durchgeführten Gasverbilligung.

Invalidentversicherung.

Ein Einzelmann gibt dem städtischen Wohlfahrtsamt Veranlassung, erneut auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Anwartschaft auf Invalidentrente hinzuwirken. Trotz der gesetzlichen Vorschriften wird es noch oft unterlassen, die vorgeschriebene Anzahl Beitragsmarken zu verpflichten. Freiwillig Weiterverpflichtete müssen mindestens 20 Beitragsmarken innerhalb von zwei Jahren beibringen und ihre Quittungskarten pünktlich vor Ablauf von zwei Jahren nach Beginn der Verwendbarkeitsdauer bei dem zuständigen Volkstrentenrat gegen neue umtauschen, sonst geht ihnen jeder Anspruch aus der letzten Karte und allen früheren Karten verloren. Auf diese gesetzliche Bestimmung ist auf der Vorderseite der Quittungskarte besonders hinzuweisen. Der Rentenanspruch lebt dann erst wieder auf, wenn für den früher Versicherten mindestens 200 Beiträge auf Grund der Pflichtversicherung geleistet worden sind. Es ist zu befürchten, daß bei unregelmäßiger Beitragsleistung die Inhaber der Versicherungskarten den Anspruch auf Rente verlieren. Die dann sehr oft eintretende Anwartschaft ist zur Inanspruchnahme der öffentlichen Wohlfahrtsämter. Auch kann die freiwillige Weiterverpflichtung bei Krankenfällen nach Aufhören der Pflichtversicherung zur dringend empfohlen werden.

Alle Genossen, welche Interesse für den Gehalt haben oder noch in bürgerlichen Gewandern sind, werden aufgefordert, dem proletarischen Gewandverein „G.S.“ beizutreten. Nebenabende jeden Mittwoch und Sonnabend im Roten Stern, Kupfergassestraße.

Grauenhafter Mord von Stahlhelmbanditen.

Das Mittelungsblatt der Bezirksorganisationen in Schlesien der R.P.D. berichtet bereits in Nr. 11 vom 18. Dezember kurz von einer Mordtat und von Verurteilungen, die Horthals Methoden in Ungarn in nichts nachstehen. Durch unser Verbot können wir erst heute berichten:

Der Arbeiter Bräuer aus Benkwitz bei Zöbten wurde von Stahlhelmgeländel

in brutaler Weise mit Gummistülpeln zu Tode geprügelt. Bräuer hatte an dem betreffenden Tage in Zöbten Einkäufe erledigt und war gegen 8 Uhr nach Benkwitz zurückgekehrt, wo er mit seinem Bruder und noch zwei anderen Bekannten noch einige Zeit an einem Grundstück an der Dorfstraße plaudernd stehen blieb. Er trug den Rucksack mit den eingekauften Sachen auf dem Rücken, über die Schultern geschminkt. Währenddem kam eine größere Abteilung von Zöbten Stahlhelmen, die sich zu einer Nachveranstaltung einer anderen Stahlhelm-Vereinigung nach einem Nachbarort begeben wollte, mit Schlag und aufreizenden Redensarten durch den Ort marschiert.

Einige Ortsbewohner, die an anderen Stellen der Straße standen, parobten sich energisch diese Ruhestörung. Dabei soll mit einem Stein nach den Stahlhelmläuten geworfen worden sein. Als der davon Betroffene aufschrie, wurde „Halt“ kommandiert und sofort stürzten sich die Stahlhelmläute wie die Verrückten auf die Gruppe bei Bräuer, obwohl Zeugenaussagen bestätigen, daß diese drei Leute mit der Sache nicht das geringste zu tun hatten. Aus den Reihen der Stahlhelmläute kam mehrfach der Ruf:

„Schlagt sie tot!“

und das war das Signal des gemeinsamen Angriffes auf Bräuer, der dessen Freunde angelächelt der Übermacht und der geschwungenen Gummistülpel die Flucht ergriffen und ihn allein ließen.

Bräuer wurde sofort, schon von dem ersten Angreifer, mit einem heftigen Schlag mit einem Gummistülpel über das Gesicht getroffen, daß er zurücktaumelte und sich um sich selbst drehte. Trotz seiner Beuerungen, daß er unschuldig sei, wurde nun auch von hinten auf ihn eingeschlagen, daß er jämmerlich zusammenbrach.

Eine Zeugin hat von einem Nachbarbauge aus gesehen, daß Bräuer, auf Hände und Knie gestützt, auf dem Boden lag und eine große Anzahl von Angreifern

fortschritt unermüdet auf ihn einschlug, so daß überhaupt nichts mehr von ihm zu hören war.

Der Rucksack, der ihm anfangs noch geschützt haben mochte, war ihm zerberstet. Erst als vom Führer der Stahlhelmläute „antreten“ kommandiert wurde, ließen die Angreifer von Bräuer ab, traten wieder in Reih und Glied und marschierten weiter. Bräuer lag mit furchtbaren Verletzungen am Boden. Er wurde in seine Bekleidung überführt, ist aber dort

nach erhaltener Beihilfe früh um 6 Uhr verstorben.

Der Bewohnerhaft des Ortes hatte sich eine große Bewegung bemächtigt, sie scharten sich zusammen und wollten geschlossen den Stahlhelmläuten nachsehen. Dieses unterließ, was wir nicht bezweifeln.

Der so Viehisch totgeschlagene Arbeiter hinterläßt eine Frau und ein Kind.

Nachdem die böllische Bande mit dem Massenmörder Dubendorff so verblühend am 7. Dezember geschlagen wurde, können solche Streiche es noch wagen, gegen Arbeiter in solch grausamer und blieslicher Weise vorzugehen. Damit muß Schluss gemacht werden. Die Arbeiter müssen sich endlich aufheben und dieser Bewegung den Lebensfaden vollkommen abbrechen. Diese das Blut erschauernde Tat muß die

lebte Gewalttat der Völlischen in Schlesien werden.

Mit mehr oder minder entsetzt sein wählenden Lebensarten verzeihen die bürgerlichen Mütter, und von ihnen sehr offen die Deutschnationalen, diesen „politischen Robelkass“. Sogar die Volkswacht brachte kommentarlos einen sehr böllisch gelährten Bericht. Die ganze bürgerliche, so von Moral „treue“ Gesellschaft wird schon dafür sorgen, daß die Unteruchung so geführt wird, daß der Stahlhelmbande nicht viel passiert. Es sind doch Söhne der „oberen Rehtausend“ von Zöbten. Und dieser „goldenen“ Zukunft Deutschlands darf doch nichts geschehen.

Die Arbeiter haben zu den Unteruchungswegern kein Vertrauen. Darum fordern sie die Anziehung von Arbeitern zu der Unteruchung. Kein Stahlhelmläute darf hier seiner Strafe entgehen, wie es bis jetzt im republikanischen Deutschland üblich war.

Arbeiter Schlesien! Allen Völlischen und ihren Helfern Rache für diese stielche Mordtat!

Aus der Provinz

Für einen — zehn!

8000 Arbeiter sitzen in den Kerker der Ebertrepublik. 8000 der besten Kämpfer für die Befreiung des Proletariats vom Joch der kapitalistischen Ausbeuter wurden mit Hilfe der sozialdemokratischen Hausrechte dem Kapital ausgeliefert. Miß, Brandes, Lange, waschechte Sozialdemokraten. Mittel der herrschenden Klasse, ihnen mit deutschnationalen Richtern zusammen im Staatsgerichtshof und fallen täglich ein Schreckensurteil gegen revolutionäre Arbeiter.

Die heutigen Kapitalisten fürchten den Widerstand der Arbeiter bei der Durchführung des Dawes-Kauplanes. Die Arbeiterkraft soll zersplittert und zerfallen werden, damit sie sich lammschuldig ausbeuten läßt. Deshalb werden die Funktionäre der R.P.D. verhaftet, deshalb werden unsere Reichstagsabgeordneten von Ort zu Ort geholt. Die Vorhut der Arbeiterkraft, die R.P.D., soll vernichtet werden.

Die Arbeiterkraft geht den Kampf aber nicht auf. Je größer der Terror der herrschenden Klasse gegen die Werttätigen ist, desto mehr wird die Arbeiterschaft aufgerüttelt und herausgehört zum Kampf gegen die Ausbeuter und deren Kalaien.

Für die 8000 Genossen, die unserer Front entzissen sind, müssen 8000 neue Kämpfer hinzukommen. Für einen gefangenen Arbeiter — zehn neue einwerfen in die Front des Proletariats ist jetzt Pflichtaufgabe für jeden Genossen. Für einen einzelerlerten Funktionär der Partei müssen zehn neue tüchtige Funktionäre herangebildet werden.

Die R.P.D. geht nicht unter. Sie bleibt die Vorhut des Proletariats, sie führt das Proletariat in den Befreiungskampf. Ein Verräter an der Arbeiterklasse ist, wer dem Kampfe fernbleibt.

Für die Schieber Millionen

Für die Armen drei Mark.

Waldenburg, 17. Dezember.

Der Magistrat teilt mit: An alle in bedürftigen Verhältnissen lebenden Personen soll eine Weihnachtsspende von Seiten der Stadt verteilt werden. Die Spende wird lediglich in der Höhe von Lebensmitteln, und zwar im Gesamtwert von drei Mark bestehen. Der Bezug der Waren erfolgt auf Quittung, die nach freier Wahl in allen einschlägigen Geschäften, auch den Filialen des Allgemeinen Konsumvereins, in Zahlung gegeben werden können.

Berechtigt zum Empfang der Spende sind diesmal sämtliche Bedürftigen, also die Armengeheimempfänger, Sozial- und Kleinrentner, Bedürftige, Ausweisungsbefreiung, Erwerbslosen, Kinderrenten, städtische Pflegekinder in fremder Familie sowie alle sonstigen in bedürftigen Verhältnissen Lebenden, die kein höheres Monats-Einkommen als 40 Mark bzw., falls die Ehefrau noch lebt, von 60 Mark haben. Somit können diesmal wohl auch fast sämtliche Bergarbeiter, die neben der Knappschaftspensie auch die sogenannte Reichsrente beziehen, in die Spende einbezogen werden.

Als kinderreich gelten alle Eheleute, die mindestens vier, auch Witwen, die mindestens drei unterförmige Kinder zu ernähren haben. Die Einkommensausnahmsgrenze für die Zulassung der Kinderrenten beträgt 100 Mark und für Witwen 70 Mark monatlich; für jedes weitere zu unterhaltende Kind steigt sich die Grenze um 10 Mark. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten erfolgt an die Armengeheimempfänger, Sozialrentner und Gemeinderäte bei der Auszahlung der Unterstützung.

Alle anderen Bedürftigen, die nach den nachstehenden Bedingungen Anspruch auf die Weihnachtsspende zu haben glauben, wollen sich zur Empfangnahme der Quittung vorabtags zwischen 9 und 12 Uhr im städtischen Verwaltungsgebäude am Markt, 1. Stockwerk, Zimmer 42, unter Vorlegung ihrer Ausweisarten oder sonstiger Quittungspapiere (Weihnachtschein, Wohnkarte, Familienkassenbuch usw.) melden.

Der Waldenburger Stadtverordnetenrat zeigte, daß der Magistrat dort mit Verachtung Millionen verschwendung konnte. Hier aber, wo es sich darum handelt, den Arbeitslosen und ihren Angehörigen das schwere Los ein wenig zu lindern, hat der für das Wohl der Stadt bedachte Magistrat nur drei Mark übrig. Werttätige Waldenburger, Arbeitslosen! Protestiert gegen eine solche Schmach!

Aufwertung der Mündelgelder und Hypotheken.

Vom Oberpräsidium der Provinz Schlesien wird gefeiert: Nach der 3. Steuernotverordnung und den dazu ergangenen Durchführungsvorschriften haben Eltern, Vormünder, Pfleger und Bestände alsbald die Sparkassenguthaben ihrer Kinder oder Mündel unter der Angabe, daß es sich um Mündelgeld handelt, zur Aufwertung bei der Sparkasse anzumelden, bei der das Guthaben besteht.

In gleicher Weise sind von diesen gesetzlichen Vertretern bestimmte dinglich gesicherte Forderungen ihrer Kinder und Mündel zur Aufwertung über 15 v. H. des Guthabebetrages bei demjenigen Amtsgericht anzumelden, bei dem das Grundbuch des betreffenden Grundstücks geführt wird. Es sind das diejenigen durch Hypothek oder Pfandrecht gesicherten Forderungen, die betragen

1. auf den Beziehungen zwischen unterhaltspflichtigen und unterhaltspflichtigen Personen, z. B. Eltern und Kindern;
2. auf den Beziehungen aus der Auseinandersetzung unter Miterben, zwischen Erben und Pflichterben, unter verschiedenen Ehegatten oder unter Eltern und Kindern, sofern der Gläubiger zum Kreise der Auseinandersetzungsbeteiligten oder ihrer Erben gehört;
3. auf der Verpflichtung zur Zahlung eines Restkaufgeldes für den Erwerb des mit der Hypothek belasteten Grundstücks, falls die Restkaufgeldforderung nach dem 31. Dezember 1918 begründet worden ist; dies gilt auch dann, wenn die Restkaufgeldforderung bei ihrer Begründung in eine Darlehensforderung umgewandelt worden ist.

Die Anmeldung dieser Forderungen und der Sparkassenguthaben ist bis zum 31. Dezember 1924 vorgeschrieben. Die Unterlassung der rechtzeitigen Anmeldung bei der zuständigen Stelle verpflichtet die gesetzlichen Vertreter zum Schadenersatz.

Arbeiterport.

1. Die Winterportläufe finden am 31. Januar und am 1. und 2. Februar 1925 in Schreiberhau im Riesengebirge statt.
2. Die zahlmäßigen Anmeldungen müssen zwei Monate die namentlichen einen Monat (bis spätestens 1. Januar 1925) in den Händen des internationalen Olympiadeausschusses sein. Leipzig, Fiedrichstraße 36.
3. Jedes Land kann für jeden Wettkampf neun Sportler und neun Sportlerinnen melden.
4. Die Anmeldungen der Teilnehmer zu den Wettkämpfen erfolgt durch die Verbandsleitung (nicht persönlich) eines jeden Landes an den Olympiadeausschuh für Leichtathletik.
5. Die Wettkämpfe werden nach der Satzung des deutschen Verbandes ausgetragen. Die Satzung sind den Mitgliedern bekannt. Wo sie nicht eingetroffen sind, können sie nach bestellt werden.
6. Das Programm umfaßt folgende Wettkämpfe:
 - a) Langlauf für Sportler, 30 Kilometer;
 - b) Langlauf für Sportler, 15 Kilometer;
 - c) Langlauf für Sportlerinnen, 6 Kilometer;
 - d) Hindernislauf, 4 Kilometer;
 - e) Sprunglauf (Springen);
 - f) Summengelegter Lauf. Dieser Lauf besteht aus einem Langlauf von 10 Kilometer und einem Sprung.
7. Die Teilnehmer an den Wettkämpfen müssen das achtzehnte Lebensjahr. Teilnehmerinnen das sechzehnte Lebensjahr erreicht haben.

Neben den olympischen Wettkämpfen hat der deutsche und tschechische Verband (Böhmen) einen Länderwettkampf im Rodeln, Jugendwringen und Jugendlanglauf (6 Kilometer) vereinbart.

Am Jugendwringen und Laufen können alle Jugendlichen bis 18 Jahre teilnehmen. Der Start für den Langlauf in die Zadenfallkabinen, das Ziel-Sanatorium Hochstein. Das Jugendwringen findet auf der Zadenfallkabinen statt. Nur gute Sportler und Käufer sind zugelassen.

Das Rodeln können mit ebenfalls eine interessante Abwechslung werden. Start ist die Neue Schießscheibe, Ziel der Zadenfallkabinen. Die Strecke ist 2700 Meter lang. Die Bahn hat ein Gefälle von 450 Meter. Die Unterteilung erfolgt in zwei Klassen für Sportlerinnen und Sportler.

Sportlerinnen 1. Klasse 14—16 Jahre, Sportlerinnen zweiter Klasse über 18 Jahre; Sportler 1. Klasse 14—16 Jahre, Sportler 2. Klasse über 18 Jahre.

Die Meldungen zum Jugendwringen und Rodeln sowie zum Rodeln müssen bis spätestens 1. Januar gemeldet sein.

Wir bitten nochmals, die Anmeldungen zu den Wettkämpfen so frühzeitig wie möglich einzuliefern. Bei der Anmeldung sind Alter, Beruf und die bisherigen Leistungen mit anzugeben, an welchen Wettkämpfen die Sportler teilnehmen wollen.

R. Zücker.

Gewerkschaft.

Die Gewerkschaftsvertreter an der Arbeit.

Gen. Brüdner-Landeshut aus dem Z.B. ausgeschlossen.
Genosse Wittig darf nicht delegiert werden.

Landeshut, 13. Dezember.

Zur Betriebskonferenz in Götlich war von der Filiale Landeshut des Z.B. der Betriebsratsvorsitzende, Genosse Emil Wittig, Bleichstraße 9 wohnhaft, gewählt worden. Der Hauptvorstand des Z.B. aber hat der Delegation Wittigs die Bestätigung versagt, weil Wittig der SPD angehört. Wittig ist 27 Jahre Mitglied des Z.B., seit Jahren Vorstandsmittglied (2. Vorsitzender der Filiale Landeshut) und seit Bestehen des Betriebsratsgesetzes ununterbrochen. Vorsitzender des Betriebsrates der Firma Schlessische Textilwerke A.-G., Abteilung Oberleppersdorf mit einer 850 starken Belegschaft. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist groß, man droht überall mit Beitragsperre.

Zu gleicher Zeit erhielt unser Genosse Brüdner folgendes Schreiben:

Ihnen hierdurch zur Mitteilung, daß Sie auf Beschluß des Vorstandes aus dem Deutschen Textilarbeiter-Verband ausgeschlossen wurden.

Zur Begründung des Ausschlusses ist folgendes anzuführen: Nach § 4 des Statuts, welches von der Generalversammlung in Kassel angenommen wurde, ist jedes Mitglied verpflichtet, für die Ausbreitung des Verbandes und die Erreichung seines Zwecks zu wirken und hat es den Anweisungen des Hauptvorstandes, der Gauleiter und der Ortsverwaltung Folge zu leisten. § 35 des Statuts besagt, in Abs. 1: Die Ausschließung eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn sich das Mitglied

a) Handlungen zuschulden kommen läßt, die gegen die Verbandsinteressen verstoßen.

Der Beweis ist erbracht, daß Sie Handlungen begangen haben, die gegen vorgenannten Paragraphen verstoßen. Der Vorstand macht nun von § 36 Abs. Gebrauch, welcher lautet:

Die Ausschließung erfolgt entweder im Wege eines Schiedsgerichtsverfahrens oder durch den Hauptvorstand, sowie durch den Abs. 8 des gleichen Paragraphen, wo es heißt, der Hauptvorstand kann ohne ein schiedsgerichtliches Verfahren Mitglieder ausschließen, die sich schwerer Verstöße gegen die Verbandsinteressen schuldig gemacht haben.

Auf Grund dessen sind Sie mit dem heutigen Tage aus dem Deutschen Textilarbeiter-Verbande ausgeschlossen.

J. A. des Zentralvorstandes
geg. Karl Hübsch.

Die „Bergwacht“ meldet dazu unter Fettdruck:

Ausgeschlossen aus dem Z.B. wurde wegen verbandsschädigenden (!) Verhaltens der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels Wilhelm Brüdner. Auch den Vorsitzenden des Bollenhainer Kartells hat dasselbe Schicksal ereicht.

Unter dem Motto verbandsschädigend fliegen die gewählten Vertrauensleute des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes aus dem Verband. Welches ist aber der wirkliche Grund des Vorgehens gegen unsere Genossen?

Die Bonzen wollen die Gewerkschaften zersplittern, sie wollen die Arbeiterschaft kampfunfähig machen.

Die Kommunisten werden ausgeschlossen, damit die SPD-Führer ohne Kontrolle die Arbeiterschaft verkaufen können.

Die Landeshuter Textilarbeiter wissen, daß unsere Genossen nicht verbandsschädigend gearbeitet haben, sondern daß die Filiale Landeshut während ihrer Zeit hoch gekommen ist.

Jetzt jubelt die Kapitalistenpresse, denn sie weiß, daß nur die Kommunisten die Arbeiterinteressen vertreten.

Das Landeshuter Tageblatt meldet erfreut:

„Ausgeschlossen aus dem Textilarbeiterverband wurde wegen verbandsschädigenden Verhaltens der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels Wilhelm Brüdner. Es handelt sich um den Kommunistenführer Stadtrat Brüdner.“

Die Erregung unter den Textilarbeitern ist verständlich. Doch es ist falsch, jetzt der Gewerkschaft den Rücken zu kehren.

Zeigt durch Eure Solidarität mit den Kollegen Brüdner und Wittig, daß Ihr Euch nicht auf der Nase herumtanzten läßt. Erkennt die Gewerkschaftszersplitterer!

Erhebt schärfsten Protest gegen diese Willkürmaßnahmen, und gebt den Vertretern bei der nächsten Abrechnung die Quittung.

Gewerkschaftserförer in Dittersbach Nädt.

Die Kommunisten zerstören die Gewerkschaften, so wird täglich von den reformistischen Gewerkschaftsbözen gelogen. Wo aber die eigentlichen Zerstörer zu suchen sind, das haben wir in der hiesigen mechanischen Weberei erfahren müssen. Ohne die Belegschaft zu fragen, hatten der Gauleiter Drütscher, der Gewerkschaftssekretär Tschiedel und der gesamte Betriebsrat Lohnverhandlungen mit der Betriebsleitung und den Webern wird nun von ihren Hungerlöhnen abermals ein bedeutender Teil vom 1. Januar ab abgebaut. Diese Lohnkürzungen gehen nun schon Monat für Monat. Sollte dies etwa zusammenhängen mit der Radioanlage des Herrn Betriebsleiters? Nach dem Bericht suchten die Bonzen eiligst das Witte, glücklicherweise, daß sie einen Kapitalisten von Hungertode gerettet haben. Ihr Verräter der Arbeiterklasse, Schärer des Geldjades, laßt euch das Eine sagen, noch ist das letzte Wort in diesem Schandwerk nicht gesprochen, wir werden den Kampf aufnehmen wissen, trotz alledem. Ihr Weben, für euch heißt die Parole, rein in die Gewerkschaft, und sorgen wir dafür, daß diese Arbeitervertreter zum Teufel gejagt werden, das Leute an ihre Stelle kommen, die mit uns den Kampf führen, zur Niederrichtung unserer Ausbeuter, zur Erlangung eines menschenwürdigen Daseins. Eine Weberin.

Ein englischer Gewerkschaftler über die Lage der Arbeiterchaft in Georgien.

Herbert Smith, Mitglied der englischen Gewerkschaftsdelegation der die Manganwerke in Tschatur untersuchte, hat über seine Erfahrungen folgende Erklärung abgegeben:

„Um die Unabhängigkeit meiner Untersuchung zu garantieren, bin ich außer in die Schächte, die mir die Sowjet-Administration anzeigte, auch in andere abgestiegen. Ich habe folgende von der Sowjet-Administration eingeführte Verbesserungen bemerkt, die zeigen wie sehr sich die Sowjetmacht von dem nur auf Gewinn bedachten Kapitalismus unterscheidet:

1. Eine bedeutende Erhöhung der Gehälter der Arbeiter. Die z. B. in den früheren Monaten imungen der englischen Fremden „Forsola“ jetzt dreimal soviel Lohn erhalten als unter der früheren kapitalistischen Herrschaft.
2. Es werden Maßnahmen getroffen um die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter zu verbessern, die aus ihren alten mangelhaften und engen Wohnräumen wo alles nur eingerüstet war um sie den Säufen und dem Tod preisgegeben allmählich in neugebaute Häuser einzulassen. In der gesundheitlichen Forderungen entsprechen.
3. Es wird ein neuer elektrischer Fahrweg für den Transport von schweren Lasten gebaut wo früher Menschen gebraucht wurden, die auf diese Weise eine wahre Sklavensarbeit verrichten mußten.
4. Eine besondere Aufmerksamkeit habe ich den Spitälern gewidmet. Ich muß mit Genugtuung sagen, daß die Arbeiter dort ganz ungenüßlich Pflege erhalten und zwar ohne alle Formalitäten. Ich sah Kranke der beschiedenen Nationalitäten und mußte merken daß die Sowjet-Administration zwischen ihnen gar keinen Unterschied macht. Meine Untersuchung hat noch einmal gezeigt daß die Arbeiter der Sowjetunion vollständig frei sind ihre Werte zu verwalten die nicht dazu arbeiten, um den Mehrwert zu vergrößern, sondern um die materiell Lage der Sowjet-Staatsbürger zu verbessern.

Die großkapitalistischen Gewerkschaftsvertreter.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, als Vertreterin der großagrarischen und großindustriellen Interessen, wandte ihre bedeutenden Geldunterstützungen jenen Reichstagsparteien zu, die sie offen in ihren Aufrufen als die besten Vertreter der Kapitalisteninteressen bezeichnete. Als diese Parteien nannte sie die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum. Die demokratische und sozialdemokratische Partei wurden dabei verschwiegen, teilweise sogar als Feinde bezeichnet, erstens aus tatsächlichen Gründen, zweitens, weil das Kapital die Zeit für gekommen erachtet, sechs Jahre nach der Revolution, seine Diktatur ohne ein demokratisches Mäntelchen sich leisten zu können.

Während die Arbeitsgemeinschaftspolitik die Sozialdemokratie in die Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien treibt, sind die christlichen Gewerkschaftsführer viel konsequenter als die sozialdemokratischen und nehmen an der Vertretung der kapitalistischen Interessen teil, nicht erst in den arbeitgemeinschaftlichen Instanzen und in einer Regierungskoalition, sondern direkt als Mitglieder der kapitalistischen Partei. So ergibt sich zwischen den sozialdemokratischen und den christlichen Gewerkschaftsführern ein gewisser Unterschied, der aber nur zeigt, wohin der Weg führt, sonst aber nicht groß genug ist, um die enge Mitarbeit zwischen diesen Führern zu verhindern.

Der deutschnationalen Reichstagsfraktion gehören vom Deutschen Gewerkschaftsbund (christlich Gewerkschaften) folgende Führer an: Franz Behrens, Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter, Wilhelm Koch, Sekretär der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner; Emil Hartwig, Vorsitzender des deutschnationalen Arbeiterbundes; Margarete Behm, Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen; Gustav Hülsler, Sekretär des Zentralverbandes der Landarbeiter; Georg Hartmann, Landarbeiter; Ewald Sauer, Sekretär des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter; Walter Lambach, Handlungsgehilfe; Marie Schott, Gewerkschaftsführerin des Gutsbeamtenverbandes.

In die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sind gewählt worden: Adams, Vorsitzender des Deutschen Arbeiterbundes; Winckel, Gewerkschaftsleiter in Christlicher Bergarbeiter; Otto Thiel, DSB, und Vorstandsmittglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Seibert, Lohmoldbrüder.

In die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei treten ein: Stegerwald, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Dr. Brüning, DGB; Ehrhardt, Bauarbeiter; Kremmel, Fabrikarbeiter; Wieber, Metallarbeiter; Giesberts, Metallarbeiter; Andree, Arbeitersekretär; Hörning, Holzarbeiter; Schlaß, Vorsitzender der Konsumvereine; Efferth, Bergarbeiter; Gehrig, DSB; Dr. Höfle, Beamtenvertreter, Becker-Arnberg, Metallarbeiter; Joss, Holzarbeiter; Groß, Eisenbahner; Christine Teusch, Lehrerin.

Die Kommunisten Unorganisiert werden.

Die Ortsverwaltung des Bergarbeiterverbandes in Zschau (im Meuselwitzer Kohlenrevier) befindet sich in den Händen der Kommunisten. Die dortige kommunistische Gewerkschaftsfraktion hat in den letzten Wochen eine lebhaft Agitation zur Werbung der Unorganisierten für den Verband entfaltet und 85 neue Mitglieder gewonnen. Die SPD-Gewerkschaftler lehnten die Beteiligung an der Werbung ab. Dank der unermüdeten Gewerkschaftsarbeit der dortigen Kommunisten zählt nunmehr die Ortsgruppe Zschau 550 plus 85 Mitglieder, im Vergleich zu 1000 Mitgliedern im Jahre 1923. — In Meuselwitz ist die Ortsverwaltung des Z.B. in den Händen der Sozialdemokraten. Dort wird die Werbung der Unorganisierten einfach sabotiert. Die Fraktion dieser Saboteure zeigen sich darin, daß während im Jahre 1921 die dort. Ortsgruppe 1400 Mitglieder zählte, sie nunmehr nur noch 250 Mitglieder umfaßt. — Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen im ganzen Reich werden die sozialdemokratischen Methoden der gewerkschaftszerstörenden Arbeit durch Nachahmung des Zschauer Beispiels zuzugreifen machen.

Betrieb und Werkstatt

Betriebsversammlung der Eisenbahnerwerkstatt Sauban am 9. Dezember 1924.

Die heutige Betriebsversammlung nahm Stellung zur Ausarbeitung des 3. Felerlages und zum neuen Lohnzahlungsmodus. Kollege Urt führte zu erstem aus, daß der Betriebsrat mit der Verwaltung vereinbart hat, am 3. Felerlages nicht zu arbeiten. Es wurde aber den Vertretern überlassen, in welcher Zeit diese Form herausgearbeitet werden sollte. Als Betriebsratsvorsitzender war Art der Auffassung, daß eine Ausarbeitung durch längere Arbeitszeit er vornehmlich abgelehnt habe, da im allgemeinen die Stimmung gegen längere Arbeitszeit vorhanden war. Kollege Gregor erklärte ebenfalls, daß darüber wohl kaum zu diskutieren sei. Würden wir noch länger arbeiten als 9 Stunden, so würden wir die Schrittmacher sein für den Johnstundentag und der Verwaltung eine Handhabe geben zur längeren Arbeitszeit. Er stellte den Antrag, ob die Kollegen gewillt sind, 9 Stunden auszuarbeiten durch längere Arbeitszeit, was einstimmig abgelehnt wurde.

Zum zweiten Punkt führte Kollege Art aus, daß ein Programm eingegangen sei, welches einen neuen Lohnzahlungsmodus vorschlägt. Er berichtete, daß dies schon längere Zeit vor der Wahl vereinbart gewesen ist mit den Gewerkschaften, selbige es aber bis dato verschwiegen haben, um die ganzen 4 Wg. Lohnzahlung nicht in Mitleidenschaft zu bringen. Kollege Schiel führte ebenfalls den Kollegen vor Augen, wie die Gewerkschaftsführer jeder Verschlechterung zustimmen können. Erst nachdem Kollege Schiel die Gewerkschaftsvertreter aufgedeckt, sich doch einmal dazu zu äußern, ergriff der Vorsitzende des D.S.B. das Wort und erklärte, wir seien kein Staatsbetrieb mehr, sondern Privatbetrieb, wir deshalb keine anderen Lohnzahlungen beanspruchen können und die Gewerkschaftsvertreter somit ganz berechtigt seien zu dieser Vereinbarung. Kollege Gregor führte aus, wenn man schon die Privatierung als Grund ansehen will, so besteht wahrscheinlich für die Beamten keine Privatierung, denn selbige bekommen vierteljährlich oder monatlich ihr Gehalt im voraus und dem Arbeiter will man nicht einmal den Freitag und Sonnabend mehr im voraus bezahlen. In dieser Beziehung verstehen es die Vertreter vorzüglich, den Arbeitern ein Vorteil nach dem anderen zu entziehen. Kollege Schiele vom D.S.B. sagte noch, ob das dem Kollegen Gregor seine gewerkschaftliche Tätigkeit sei, womit er wahrscheinlich meinte, daß jeder Kollege damit zufrieden sein muß und zu allem Ja und Amen zu sagen hat. Hässlicher konnten sich diese D.S.B. Deutschen wirklich nicht machen.

Christliche Nächstenliebe.

Da jetzt in Weichstein eine Ortsammlung zugunsten der Armen stattfindet, wollen wir den Sammlern empfehlen, einmal bei der „Christlichen“ Frau Weichstein vorbeizugehen. Diese junge Frau Weichstein übt Nächstenliebe bei dem Fleiß, indem sie etwas modischeres oder ziemlich abgetragene Sachen dem Feuer anvertraut. Gerade sie hätte die beste Gelegenheit, etwas zu tun. Sie sieht die in Lumpen geküllten und abgehungerten Arbeiter alle Tage vor ihren Fenstern herum laufen. Als ein Verbrechen an der Menschheit ist es zu betrachten, wie arme Menschen vor Frost und Kälte zittern, weil sie nur notdürftig belleidet sind durch die erbärmlichen Löhne der Firma Weichstein. Mit Abscheu mühte man sich von derartigen Personen wenden und ihrer ganzen Gesellschaft, welche sich vom Blut der Arbeiter nähren, aber für ihre Not nicht das geringste Verständnis haben. Arbeiter denkt daran!

Ungehörte Zustände

Herrschen auf dem Gute Wassenhof, Kreis Landeshut, am sogenannten Fräuleinstift. Ein Gut unter der Oberverwaltung eines Herrn von Schach-Schreibendorf umfaßt Laubende von Morgen Land und Wald, unübersehbare Flächen dehnen sich in der ganzen Umgebung aus. Doch große Not herrscht unter den dort wohnenden Landarbeitern unter der strengen Aufsicht des Inspektors Walter, welcher ein Müller im Dienste der Ausbeuterklasse ist. Es erhalten auf dem Gute wohnende Leute den stücklichen Stundenlohn von sage und schreibe 6 Pf., Deputat für 2 Leute 3 Zentner Roggen (4 Zentner sollen sie erhalten), viereljährlich, 3 Zentner Kartoffeln monatlich, 1 Liter Milch täglich und 90 Pf. Dutzendgeld wöchentlich. Bei 58 Stunden erhalten nun die Leute den hohen Lohn von 3,50 Mark. Es ist schon vorgekommen daß es drei Wochen hintereinander leere Wohnhäuser gegeben hat. Was kaufen sich nun diese ausgebeuteten Sklaven von diesen Hungerpennigen? Kleidung, Schuhwerk, ein Stückchen Fleisch? Doch auf der anderen Seite, im herrschaftlichen Schloß, da herrscht ein üppiges Leben. Bei gutem Essen und Trinken verleben hier Duzende von Damen mit blauem Blut in den Adern ihre Zeit. Wieviel fetter Schweine, Gänse, Hühner, Wild und sonstiges Geier, wird von jenen unerläßlichen Magen im Jahre verschlungen? Dies alles geschieht auf Kosten der armen Landarbeiter. Während auf der einen Seite Hungerlöhne gezahlt werden, die Herrschaften von der anderen Seite wissen aber auch nicht, was sie für Nachtgeld von den Pächtern ihrer Wiesen zu fordern haben. Für einen Morgen

Die Angst vor den Betriebszellen.

Paris. Der „Matin“ und andere französische Zeitungen bringen täglich lange Berichte über die Zellenarbeit unserer Partei Genossen. Aus diesen Berichten, die aus gefälschtem und aus Material, das in der Parteischule beschlagnahmt wurde, zusammengesetzt sind, geht deutlich der Schrecken hervor der der französischen Bourgeoisie durch die Zellenarbeit eingeagt wird. Entsetzt werden die Zellen lächerlich gemacht, oder als grauenhafte Verchwendertraps hingestellt. Der „Matin“ erklärt, die Partei habe eine besondere Schule für „Collakarden“ eingerichtet, in denen die Mitglieder in 8 Tagen der Katechismus für Zellenmitglieder beigebracht wird. Nach acht Tagen wird mit den Mitgliedern der Zellenzellen ein Examen abgehalten. Diejenigen die die Prüfung bestanden haben, erhalten der Titel „Obercollakarde“ (!). Der Hauptbestandteil des Unterrichts ist die Kunst, Anhänger für die Partei zu werben. Der „Matin“ erklärt, die Zellenmitglieder würden für ihre Arbeit mit den aus Moskau stammenden Geldern bezahlt (!). Diese Geld gegen die Zellen wird nur dazu beitragen, die Umstellung der Pariser Organisation auf die Betriebszellen zu beschleunigen und den französischen Genossen den Wert der Zellenarbeit klar zu machen.

Die Anträge auf Erteilung von Gewerbe-Legitimationskarten (§ 44 und 44 d der Reichsgewerbeordnung) für das Jahr 1925 werden zweckmäßig schon jetzt gestellt. Hier wohnhafte Reisende überreichen den schriftlichen Antrag ihres Geschäftsinhabers selbst dem zuständigen Postämter, während für auswärtig wohnende Reisende die Anträge von dem Inhaber der Gewerbe beim Postzeitpräsidium schriftlich zu stellen sind. Es empfiehlt sich zur speciellen Erledigung, für jeden einzelnen Reisenden einen besonderen schriftlichen Antrag vorzulegen.

Grobere die Betriebe!

Wirtschaftslage und Reichstagswahl.

Stagnation.

E.L. Das Kennzeichen der deutschen Wirtschaftslage bleibt trotz und wegen der Verwirklichung des Dawesplans die Stagnation. Die relative, übrigens geringfügige Abnahme der Konkurrenz auf 341 in der Zeit vom 1. bis 15. November von 66 in der ersten Oktoberhälfte und der Geschäftsausichten von 143 auf 118, wie der inzwischen fast wieder zum halben gekommenen Rückgang der Zahl der unterstützten (nicht aller) Arbeitslosen, zeigen nur einen Stillstand in der Krise des deutschen Kapitalismus, nicht aber den Beginn eines Aufschwungs an. Das Gleiche gilt von der Vermehrung des Jobbestandes in der Dawes-Reichsbank und der Abnahme des Vorkaufumsatzes. Sie sind Beweise für die Zusammenbruchplung des Warenmarktes, die die Zahlungsmittel in die Bank zurückströmen läßt.

Die Berichte der Preussischen Handelskammern behaupten allerdings eine Besserung der Wirtschaftslage für den November. Wer aber zwischen den Zeilen der optimistisch gehaltenen Auslassungen zu lesen versteht, erkennt zugleich mit der schmalen Basis dieser sogenannten Besserung nur wieder die Merkmale der Wirtschaftstagnation. Es gilt für die ganze deutsche kapitalistische Produktion das, was hier vor zwei Wochen (Wirtschaftshefte Nr. 54) für die Textilindustrie bewiesen worden ist: daß der sogenannte Aufschwung auf den Inlandsbedarf sich gründet. Dieser aber ist bei den Hungerlöhnen der Werkstätten von vornherein begrenzt. Die Handelskammerberichte zweifeln daher selbst daran, ob der gesteigerte Absatz anzuern wird.

Gerade in der Kohlenproduktion, wo im November eine gewisse Förderungssteigerung festgestellt wird, gründet sich die wachsende Nachfrage auf die Hausbrandkohle für den Winter (wie in der Textilindustrie der Winter die Nachfrage nach Wollstoffen erzeugt hat). Zugleich aber ergibt sich als entscheidende Gegentendenz der Auswirkung des Dawes-Pakts und damit für die Konjunktur in der Kohlenproduktion ausschlaggebender Faktor, daß infolge der Auflösung der Regie und damit des Rückgangs der Sachlieferungen die Belegschaften der Ruhrkohlenzechen von 474.000 auf 472.000 Arbeiter gefallen ist. Die angebliche „Eröffnung des Weltmarktes“ für die deutsche Industrie durch den Schluß des Dawes-Pakts vollzieht sich durch eine Erösselung des deutschen Absatzes auf dem Weltmarkt. Wozu die Reparationsabgabe von 26 Prozent, die trotz aller deutschen Proteste England und Frankreich aufrecht erhalten, kräftig mithilft.

Es ist nur ein weiterer Beleg für diese Drosselung, daß die Kohlenbestände in Oberschlesien im November von 178.000 auf 192.000 Tonnen gestiegen sind.

Der Gegenpol der Verengung der deutschen Produktion durch die Dawesianisierung ist ihre Einschränkung durch die neuen Kartelle im Dienste der Konzerne: des ungebauten Kohlensyndikats und der neuen Rohstahl-Gemeinschaft. Das Kohlensyndikat hat den „Novemberaufschwung“ mit einer Erhöhung der Förderungsbeschränkung auf 40 Prozent der Beteiligungsziffer für Kohle begonnen. Das neue Rohstahlkartell, von dessen Gründung die Handelskammerberichte eine Besserung in der Stahl- und Eisenindustrie berichten, ist mit einer Einschränkung der Stahlherzeugung um 25 Prozent ins Leben getreten. In dieser „Planmäßigkeit“ der Produktionseinschränkung als Ausgang und Ziel der Kartellpolitik, die die Konkurrenz unheimlicher Außenseiter zugunsten der Konzerne binden soll, äußert sich wiederum nur der Widerspruch zwischen den entfalteten Produktivkräften der Gesellschaft und ihren, sie einschränkenden kapitalistischen Schranken. Die Folge ist die Fortdauer der Stagnation, die die Ursache der Produktionsabotage ist.

Nur die Kaliindustrie scheint eine Ausnahme zu machen. Bei ihr ist der Inlandsabsatz gefallen, der Auslandsabsatz auf 90 Prozent der Nachfrage kaum gerecht werdenden Produktion gestiegen. Aber die deutsche Kaliindustrie steht heute unter der Führung der mit ihr kartellierten elssächsisch-französischen Kaliindustrie. Sie ist vom Dollar abhängig. Und die Überforderung, die ihr den Weltmarkt geöffnet hat, entblößt Deutschland von billigen Düngemitteln. Das führt, auch ohne Schutzzölle, ohne Ausfuhrfreiheit für deutsches Korn, ohne Junkerbrottfabriken, zu teuren Getreidepreisen und zu teurem Brot, und damit zu einem weiteren Sinken der Reallohn in Deutschland. Dadurch wird zugleich die schmale Basis der deutschen Inlandkonjunktur noch weiter verschmälert, die Stagnation verewigt und die Krise vertieft.

Zu teuer und schlecht.

Vor 40 und mehr Jahren war die Devise der deutschen Industrie nach dem bekannten Wort des Professors Reuleux „Billig und schlecht“. Heute ist sie in „Teuer und schlecht“ gewandelt.

Ein paar Beispiele:

Ein deutscher Textingroßhändler wird in Holland gefragt, ob in Deutschland ein ihm vorgelegtes Textilmuster hergestellt werden kann. Zum erstenmal seit Jahrzehnten muß er, bevor er antwortet, in Deutschland sich erkundigen. Die Antwort der Fabrik lautet: nein, weil es an den entsprechenden Einrichtungen fehlt. Werden sie geschaffen, dann ist das Produkt teurer und die Qualität schlechter als das Muster.

Eine Gummiwarenfabrik erzeugt für eine Brausefabrik Schläuche. Ein anderer Auftraggeber will Schläuche mit anderem Widerstandsgrad bestellen. Die Fabrik lehnt den Auftrag ab, weil es an den entsprechenden Einrichtungen fehlt.

Die Preise in der Eisenindustrie steigen dank der Produktionsabotage der Rohstahlgemeinschaft. Die Tonne Stabeisen ist von 110-112 Mk Ende Oktober auf 130 Mk Ende November, die Tonne Formstabeisen von 107 auf 117 Mk gestiegen. Ähnlich andere Produkte. In der Kleiseisenindustrie zeigt sich nach dem Bericht der Handelskammern ebenfalls eine Preissteigerung. Aber die Preise hieben nach demselben Handelskammerbericht noch unter den Selbstkosten und sind trotzdem noch höher als die Weltmarktpreise.

Bis nach Rheinland-Westfalen, dem Zentrum der deutschen Schwerindustrie nach Süddeutschland, dringt die konzentrierende französisch-österreichische Schwerindustrie vor. Sie legt in Süddeutschland Lager an, um auch nach dem Ansehen der zollfreien Einfuhr aus Lothringen mit dem 10. Januar 1925 Konkurrenzfähigkeit zu bleiben und zugleich die deutschen Schwerkapitalisten bei den Verhandlungen unter dem internationalen Stahl- und Eisenerzvertrag den Bedingungen des Pariser Häuften-Konkurrenzgesetzes zu machen.

Deutsche Stahlkohlen waren noch in der zweiten Novemberhälfte teurer als die entsprechenden englischen Kohlen.

Die Rückständigkeit der deutschen Industrie.

Die Ursache der Unwirtschaftlichkeit der deutschen Industrie liegt in der relativen Rückständigkeit der deutschen Maschinen- und in dem Zurückbleiben der organischen Zusammenfassung

des deutschen Kapitals, verglichen mit dem amerikanischen, dem englischen, ja auch iranesischem Kapital. Die deutschen Hundelöhne sind zum Heimschluß für die Entwicklung der deutschen Industrie und damit ein Mittel zur Förderung der deutschen Konkurrenzfähigkeit in einen Grund ihrer Konkurrenzunfähigkeit umgeschlagen.

Ein Beweis dafür sind die angeführten Beispiele aus der Textil- und Gummiindustrie.

Einen weiteren Beweis erbringen die Ausführungen des Generalkonzepts Heinrich in der Generalversammlung der Deutschen Werke, der zu einer Aktiengesellschaft vereinigten früheren Waffen- und Rüstungsbetriebe des Reichs.

Herr Heinrich hat in der Generalversammlung der Deutschen Werke, in der das Aktienkapital im Verhältnis von 25:1 zusammengelegt wurde, zugeben müssen, daß die Staatsbetriebe unmodern sind. So sind die Docks auf der Kieler Werft heute totes Kapital, weil sie bei dem geringen Verkehr des Hafens nicht für Ausbesserungen, sondern nur für Neubauten benutzt werden können, obwohl Neubauten im Dock nur ein Befehl sind und die Docks große Instandhaltungsarbeiten erfordern. Die Hellinganlagen sind veraltet. Das Gleiche gilt von den Gießereien der Deutschen Werke.

„Die heutige Industrie mit ihrer hochentwickelten Technik verlangt nach besonderem Qualitätsmaß.“

Der aber ist mangels moderner Maschinerie nicht herzustellen. Es ist wohl nicht übertrieben zu behaupten, daß dieser Produktionsstand der Staatsbetriebe, denen immerhin zur Umstellung von der Kriegsindustrie Staatsmittel zur Verfügung gestanden haben, dem Durchschnittsstand der deutschen Fabrikationsanlagen entspricht.

Das proletarische Existenzminimum

der Woche vom 30. November bis 5. Dezember

beträgt

67,16 Mark

gegen

67,14 Mark in der Woche vom 23. bis 29. November.

Der Milchpreis ist um einen Pfennig der Liter gegen die Vorwoche gestiegen.

Daraus aber ergibt sich die Unrentabilität der deutschen kapitalistischen Produktion oder, was ein anderer Ausdruck für die gleiche Sache ist, ihre Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt wegen zu hoher Preise und zu schlechter Qualität.

Der Raubbau an der menschlichen Arbeit zusammen mit dem Raubbau an den Produktionsmitteln hat nur in der Geldentwertung geöholt. Jetzt sind beide zu Quellen weiterer Zersetzung des deutschen Kapitalismus geworden.

Auch das amerikanische Gold hilft nicht. „Den Glauben an die alleinige Heilkraft des amerikanischen Geldes müssen wir aufgeben“ — erklärt Heinrich. Die deutsche Handelsbilanz im Oktober mit ihrer Rekord-Passivität von 244 Millionen Mark beweist, daß er Recht hat. Denn die Passivität ist die Auswirkung des Dollarsengens der amerikanischen Kredite. Die Steigerung der Rechtsförmigkeit ist die Ursache des gewaltigen Einuhrüberschusses. Aber sie ist kein Zeichen einer beginnenden Hochkonjunktur. Vielmehr werden die aufgenommenen Kredite in Form von Rohstoffen, nicht von Maschinerie, die allein die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft herstellen könnte, geliefert. Zugleich zeigt die geringfügige Steigerung der Ausfuhr daß der deutschen Industrie der Weltmarkt trotz und wegen der Dollarkredite verschlossen bleibt. Damit ist der Kreis wieder geschlossen.

Ford soll helfen.

Heinrich in seiner Programmrede in der Generalversammlung der Deutschen Werke:

„Die vom Staat und von Amerika gegebenen Hilfen reichen allein nicht aus, um die Wirtschaftlichkeit der Produktion zu heben. Die einzelnen industriellen Unternehmungen werden auch interne Schritte tun müssen, um ihre zum Teil veralteten Produktionsmethoden auf moderne Höhe zu bringen, insbesondere in der Richtung einer schnelleren Bewegung des Materials durch den Fabrikationsgang. Es besteht darüber kein Zweifel, daß uns die amerikanische Industrie in wesentlichen Punkten weit überholt hat.“

Der Vorschlag Heinrichs läuft auf die Einführung der Arbeitsmethoden Fords hinaus: Intensivierung der Arbeit (nicht mit einem Arbeitstag von acht, sondern von zehn und zwölf Stunden versteht sich), durch das Zulauern der Arbeitstüchle an die Arbeitsstätten durch bewegte Bänder und durch feinstorganisierte Arbeitsteilung.

Aber dazu bedarf es einmal der entsprechenden Maschinen. Die kosten Geld; und das fehlt gerade für Maschinerie. Dazu bedarf es weiter eines sich ausdehnenden Absatzmarktes, wie gerade Fords Beispiel zeigt. Und der ist ebensowenig da. Er ist durch den Dawes-Pakt im wesentlichen auf die Sachleistungströhne mittels der nach den Interessen des internationalen Großkapitals aufgestellten Lieferungsprogramme beschränkt.

Er wird schließlich verengt durch die Handelsverträge, von denen als erstes Muster der deutschen „Handelsfreiheit“ und des neuen ökonomischen Pazifismus der deutsch-englische Vertrag vorliegt. Während Deutschland durch die England eingeräumte Meistbegünstigung den deutschen Markt den englischen Waren öffnet, ist es selbst trotz aller scheinbaren Gegenseitigkeit vom Markt der englischen Kolonien durch die Bestimmung ausgeschlossen, daß England seinen Kolonien Vorzugsrechte einräumen kann und bei ihnen genießt, deren Deutschland nicht teilhaftig wird. Der deutsch-englische Handelsvertrag, indem er das Recht zu Schutzzöllen innerhalb des englischen Imperiums anerkennt, ist zugleich der erste Schritt zur Begründung einer alliierten Zoll-Union nach dem Traum des Gründers des englischen Imperialismus Joe Chamberlain.

Wie eng bereits heute schon der Weltmarkt für die deutsche Industrie ist, zeigt ein Bericht über die Lage der Elektrizitätsindustrie, die zu den technisch hochentwickeltesten deutschen Industrien gehört, und die vor dem Kriege mit den von ihr geführten internationalen Konzernen den Weltmarkt beherrschte hat.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ vom 2. Dezember muß feststellen, daß der London-Pakt der Elektrizitätsindustrie den „verlorenen Weltmarkt“ nicht wiedergegeben hat. Auch hier hat nur der ein wenig gestiegene Inlandsbedarf des Geschäft etwas belebt. „Von einer Besserung im Export kann keine Rede sein.“ Indien, Argentinien, Südamerika leiden unter einer starken Wirtschaftskrise. Viele durch die Kreditkrise geschwächte Firmen verschleudern ihre Produkte unter den Selbstkosten. Die europäischen Länder sind noch gesättigt von den billigen Ausfuhrprodukten, die sie in Deutschland während der Geldentwertungszeit gewacht haben (auch in dieser Beziehung wird die Vorkriegszeit zu

einer Ursache der Vertiefung der Krise des deutschen Kapitalismus. Italien, Frankreich, Spanien, Schweiz, Portugal und Tschechoslowakei umgeben sich mit Zollmauern.

Das ist die Lage einer deutschen Industrie, die vor dem Kriege fast ein Weltmonopol gehabt hat. Daran können Ford-Methoden nichts ändern. Denn Marktfragen sind fast noch mehr, als sie Preisfragen sind. Machtfragen. Und der Weltimperialismus hat durch den Dawes-Pakt und die Handelsverträge Deutschland zum Objekt seiner Ausplünderung gemacht, indem er es vom Weltmarkt abgesperrt hat.

Bleibe im Lande und nähredich redlich

Der Weltmarkt wird der deutschen Industrie immer unwirtschaftlicher. Also bescheide sie sich: sie bleibe zu Hause und versuche dort, sich redlich zu ernähren. Herr Heinrich proklamiert es:

„Der Staat hätte . . . in erster Linie für die Landwirtschaft die notwendigen Kredite zu sichern. . . Erzeugt die Landwirtschaft nennenswerte Quantitäten mehr, ohne daß die Einzelpreise in die Höhe gehen . . . erzeugt sie wirtschaftlicher, so wird die Kaufkraft landwirtschaftlicher Kreise sich wesentlich steigern und damit sein Ausgangspunkt für die Belebung des inneren Marktes bilden.“

Fast genau, wie der Direktor der Deutschen Werke, in deren Aufsichtsrat Gustav Bauer sitzt, fordert der Stinnes-Direktor Vögler die „Erstärkung der landwirtschaftlichen Produktion“. Und der völkische Herr Geisler will im „Tag“ die Industrie in der Landwirtschaft „verzahnen“.

Von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten das eine Lied von der nationalen Industrie auf dem nationalen Boden, das Lied von der Interessensharmonie zwischen Industrie und Landwirtschaft. Doch ein Lied, das zu schön klingt, um wahr zu sein.

Um was handelt es sich in Wahrheit, wenn das Großkapital aufs Land geht und zusammen mit den Junkern Kredite für die „Landwirtschaft“ und deren Intensivierung fordert? Um nichts anderes als um Bauernlegen. An Stelle des verloren gegangenen nichtkapitalistischen Marktes außerhalb der deutschen Grenzen wollen Schwerkapitalisten und Junker den nicht kapitalistischen Markt innerhalb der deutschen Grenzen, den Bauernmarkt, zur Realisierung ihres Profits ausbeuten. Es ist kein Zufall, daß es der Geschäftsführer des schwerkapitalistischen Verbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Bücher, gewesen ist, der den Plan aufgebracht hat, die Liquidation der Rentenmark zur Gründung einer Rentenkreditanstalt zu benutzen die unter Ausschaltung der Bauernvereine und landwirtschaftlichen Genossenschaften den Sparkredit in den Händen der Junker zentralisieren soll. Mittels Geldkrediten will das Junkertum die Bauern in seine Abhängigkeit bringen, mittels Staats- und Warenkrediten sollen sie für Industrieprodukte „kaufkräftig“ gemacht werden. Dazu sollen sie mit den Werkstätten in der Stadt die Steuerlasten tragen. Bis die Kreditfische zugezogen wird und die Bauern Haus und Hof verlieren.

Die Intensivierung der Landwirtschaft, von Heinrich, Vögler und Geisler proklamiert, ist ihre Kapitalisierung durch die Entgeignung der arbeitenden Bauern.

Das Programm Vöglers, Geislers und Heinrichs ist ein Reparationsfeldzug, geführt von den deutschen Großkapitalisten und Junkern gegen die deutschen Werkstätten auf dem Lande.

Sicher ist, daß heute auf dem Lande ein noch lange nicht erschöpfter Markt für Industrieprodukte vorhanden ist. Die kaum zu befriedigende Nachfrage der russischen Bauern zeigt, welche große Absatzmöglichkeiten dort bestehen. Aber der deutsche Kapitalismus kann diesen Markt nicht organisieren; er kann ihn nur zerstören, da jeder Schritt, den er zu seiner Fundierung tut, seine Grundlage vernichtet.

Dieser „imere“ Markt kann nur dadurch organisiert werden, daß für ihn die gleichen ökonomisch-politischen Voraussetzungen geschaffen werden, wie in Sowjetrußland: die Befreiung der Bauern zusammen mit den Werkstätten in der Stadt von den Fesseln des Kapitalismus.

Die Belebung der deutschen Wirtschaft ist ganz unmittelbar verknüpft mit der Zerstörung ihrer kapitalistischen Fesseln.

Die deutsche kapitalistische Wirtschaft, wie sie ein Jahr lang von der Geldentwertung gelebt hat, lebt heute vom Kredit. Ohne Pump wäre die Erde ja doch ein Jammertal. Aber es kommt bei jedem Pump einmal das, was der Franzose le quart d'heure de Rabelais nennt: die schwere Viertelstunde des Blechens. Bricht sie an, kommt der Tag der Zinszahlung, der vollen Exekution aller Dawes-Verpflichtungen, dann wird das brüchige Gebälk des deutschen Kapitalismus noch mehr als bisher zusammenkrachen. Dann wird die fälschlich als Beginn eines neuen Aufschwungs ausgegebene Stagnation in eine neue, tiefere Krise übergehen.

Mögen die deutschen Arbeiter bei Zeiten dafür sorgen, daß sie dann nicht wieder die Opfer des kapitalistischen Zerfalls sind.

Die Entwicklung des Bauernmarktes in Sowjetrußland.

(Rosta.) Der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats, Dzerzinski, konstatierte in einer Rede über die ökonomische Lage, daß die Sowjetindustrie trotz der fortwährenden Steigerung der Produktion, die in diesem Jahre im Vergleich mit dem vorigen Jahre 32 Prozent und im Vergleich mit 1922 — 93 Prozent betrug, der steigenden Nachfrage nicht befriedigen kann. Dzerzinski spricht sich für die Erweiterung des Imports aus, hauptsächlich von Produktionsmitteln, was den allgemeinen Wohlstand heben wird!

„Wir dürfen dem Import keine Schwierigkeiten bereiten in den Grenzen, die wirtschaftlich zweckentsprechend sind.“

Dzerzinski warnt auch vor der Unterschätzung der Rolle der Konzeptionen, die, insofern unter annehmbaren Bedingungen geschossen und loyal ausgeführt werden, einen wichtigen Teil für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Sowjetproduktion bedeuten und die Unterstützung der Regierung finden werden.

Mangan-Erz-Ausfuhr aus Georgien.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1924 sind aus Georgien über 21 Millionen Pud Manganerz ins Ausland ausgeführt worden, also 5 Millionen mehr als im ganzen Jahre 1921. Der durchschnittliche Vorkriegsexport von Manganerz war 37 Millionen Pud.

Das Volkswirtschaftsministerium nahm den Vorschlag der deutschen Regierung an, den ersten in Aussicht genommenen Manganerzlieferungen in Deutschland einen zu lassen.

Der Kampf der Arbeiterin im Auslande.

Die Arbeiterin in den englischen Gewerkschaften.

In England sind ungefähr 3 Millionen Frauen industriell beschäftigt, gewerkschaftlich organisiert sind aber nur etwa 500 000 Arbeiterinnen und noch zum Größten Teil ungeachtet etwa 10 Millionen Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert gewesen. Der Widerstand der Zahl der organisierten Arbeiterinnen ist zum großen Teil demselben Grund zu verdanken, daß viele Frauen ihre Berufstätigkeit in der Industrie nach dem Erwerb ausgeben haben. Aber gerade die alljährlichen Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung zeigen, daß die Gewerkschaftsaktivitäten nicht gerade gering sind. Die Gleichstellung der weiblichen und männlichen Arbeiter einleiten. Dabei hat die Führung der Arbeiterinnen so stark geschwächt worden. Das macht die Frauen zu Spitzenkämpferinnen und die Gewerkschaften führen dann zum Teil einen heftigen Kampf gegen die Gefährdung von Frauen überhaupt.

Auch in Deutschland muß die Arbeiterin noch viel energischer auf die gewerkschaftlichen Einwirkungen, damit die Vorbereitung:

"Mittlerer Sohn als Führer und Frauen"

eine der ersten gewerkschaftlichen Forderungen in jedem gewerkschaftlichen Kampf wurde. Darum blieben, ihr Klassenbewußtsein Arbeiterinnen, in die Gewerkschaften! Auch die letzte Arbeiterin muß gewerkschaftlich organisiert sein, damit die Arbeiterinnen den Druck der arbeitenden Frauen zu spüren bekommen.

Aus amerikanischen Arbeitsverhältnissen.

Das "Büro für Frauenarbeit" in New York hat vor einigen Zeit Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in fünf Industrien veröffentlicht, wo fast ausschließlich Frauen beschäftigt sind: die Schuhfabrikation, Garmentfabrikation, Tabak-, Industrie, Maschinenbau und Lebensmittel.

Von den in diesen Suburbanen Beschäftigten arbeiten etwa die Hälfte 4 Stunden in der Woche und weniger. Der Großteil der 48 Stunden Arbeitenden erhöht sich in der Stadt New York auf 70 v. S., im Staat New York beträgt er aber nur 33 v. S. Der durchschnittliche Betrag in den vier erwähnten Suburbanen ist etwa 16 Dollar die Woche, das sind 40 Cent. Die Arbeiterinnen haben etwas weniger, da sie häufiger Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind. Im Jahre 1913 war der Durchschnittslohn etwa 6 Dollar pro Woche, es ist also eine Erhöhung von über 100 Prozent zu verzeichnen. Die Arbeiterinnen sind etwa 10 bis 12 Dollar, was bei den teuren Lebensverhältnissen in New York eine miserable Entlohnung ist.

Telegramm an Clara Zetkin.

Die zweite Gouvernements-Konferenz der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen von Baltimore und bei denen die Arbeiterinnen die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen des Gouvernements vertrat. Die Frauen des Westens in ihrem Kampf gegen das verbotene Spiel. Ziele von uns sind Mitarbeiter der internationalen Arbeiterklasse. Ziele sind noch zu gewinnen. Wir brauchen sie, wir brauchen sie.

In der zweiten Konventionen des Westens das Westens wissen zu lassen, daß wir alle der Westens Hilfe betreiben werden. Möge ihr Geist im Kampf mit der Bourgeoisie nicht erlöschen. Die Zeit wird kommen, wo die Weltbourgeoisie besiegt sein und die Arbeiterklasse des Kommunismus über der Welt wehen wird.

Noch die proletarische Revolution!
Noch die kommunistische Partei!

Das Präsidium.

Wird der neue Reichstag eine Befreiung der 8000 politischen Gefangenen bringen? Kommunistinnen, werktätige Frauen, fordert Amnestie!

Die Arbeiterinnen und die Kirche.

Brief einer Arbeiterin.

Liebe Genossin!

Viele fragen dich Du an mich gericht. Ich will Dir antworten, so gut ich kann. Was dich beschäftigt, ist mir nicht fremd. Du bist Mutter geworden und da mußt Du an Jobiel denken, was Dir zuvor sein lag. So überlegst Du jetzt auch, ob es notwendig ist, daß Du Dein Kind laufen läßt. Damit Du hier mit Dir selbst ins Klare kommst, will ich Dir kurz aus meinem Leben einiges erzählen.

Während des Krieges habe ich den Dienst meines Mannes aus, der schon 20 Jahre Kirchenarbeiter war (Wagner). Staatliche Unterstützung bezog ich keine, ich war angelegentlich auf 70 Markt monatlich, abhängig Wohnung. Meins Sohn fiel während der Kriegszeit nicht, es wollte zuerst nicht mehr leben. Ich verkaufte Möbel usw., um mich mit meinen Kindern über Wasser zu halten. Meine Vorgesetzten, die Arbeiter, riefen in ihrem Gehalt höher und höher, an mich dachte kein Mensch, daß ich mir zu denken. Ich hatte während des Krieges genug gesehen, um einzusehen, daß Arbeiter ein Gehalt ist, wie jedes andere auch. Der Gehalt, der bruch herum geschickt wird, ist oft sehr schön und fromm, im Grunde aber hat diese Preisen genau so wie alle anderen. Was sie belien, belien sie aus der Tasche, was sie predigen, suchen sie eine ganze Woche lang zusammen.

Liebe Genossin, die Deinen Kinde und mit den Gelassen und wenige einmal sehen; nimm Dir am Sonntag nachmittags ein wenig Ruhe, um zu denken. Ueberlege Dir einmal genau, ob es Warrer geben würde, wenn es allein auf Dich ankäme, mehr ist als eine verschonende Erinnerung. Ich mit folgenden verschonenden Erinnerungen willst Du Dein Kind belohnen? Selbster! Waren alle die Wochen des Krieges infanter, Du je aus Deinem Giech zu befreien?

Die Kirche ist sehr für Leute, die Zeit und Geld haben. Nichts will dem auszuweichen, was die Kirche Dir gepredigt, und für Dich Worte ohne Wert.

Mein lüchliches Kind ist nicht getauft, es ist kein Christ. Kind, es ist "Selbe". Es fragt mich Jobiel, warum viele arme Frau beteten muß, warum jene sind, bessere Kleider zu hat, und da bin ich so, wie ich nicht durch bezahlte Pläne etwas vorzuziehen lassen zu müssen. Mein Kind ist mein bester Helfer; es deutet auf die Wunden und bringt mich zum Weinen; es schaut nicht in den Himmel, um desto schneller in Armen, hoffen die Gleichheit, es fern liebend nach, ein unermesslich viel ich gern weilen berichten, bis beide einzeln sind in dem einen Ziel: Wieder mit allen Kindern unsterblich Arbeiterin!

Was wir Arbeiterkinder am Wahlsonntag erleben haben?

Brief eines 12-jährigen Mädchens.

Wir Arbeiterkinder vom 4. Bezirk sammeln uns um acht Uhr in einem Saal, um eine Wahlpropaganda zu veranstalten. Wir sprechen mit Fahnen, Entwürfen, Schärpen und Ketten ausgedehnt. Als wir fertig waren, stellen wir uns in die Reihe an und marschieren mit Gesang hinaus. Wir tragen die "Internationale", "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit", "Du kleiner Landvater, schlage ein" und das "Vennalied". Nach einer bestimmten Zeit kamen wir an eine belebte Straße.

Dort führt ein Verkauf mit Grünen. Als sie sahen, daß wir von der kommunistischen Arbeitergruppe waren, hielt das Auto an, und es kamen einige Schuppenhauer heraus, um uns auszufragen. Sie haben wir aufarmen und ließen uns nicht zerstreuen. Wir gingen auf der anderen Seite weiter und folgten einem kommunistischen Auto. Auf dem Auto war ein Buchstabe aus Pappe gemacht. Darauf stand: "Der Auto rufen oft: Lob den Genossen! Arbeiter wählt Kommunisten!" Auch riefen viele Leute von der Straße mit und gaben uns recht. Mittlerweile waren wir am Wahllokal angekommen. Dort verteilten wir die Genossen mit dem Auf: "Geht Wählt!" und wir gingen nach Hause.

Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin, am 5. 8. 1924.

Die Kommunistin

Organ der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der kommunistischen Internationale)
Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 16	Die Kommunistin erscheint 2 mal monatlich	Berlin, Dezember 1924	Jahrg. 6
--------	---	-----------------------	----------

Nach den Wahlen. Was nun?

Die Wahlen zu dem Reichstag sind vorbei. Die Ergebnisse für die Hauptparteien gestalten sich nach den bisherigen Angaben folgendermaßen:

NSDAP 65 Mandate (62); SPD 131 (100); Dm. 101 (96); Zentrum 45 (65); DVP 50 (44); Dem. 31 (32).

(In den Klammern stehen die Zahlen für die Wahlen am 4. Mai.)

Von den verschiedenen Seiten erhebt sich ein Indiergeschrei: "Siegt Siegt!" rufen die Helben der alten monarchistischen Parteien, "Schwarz-weiß-rot", die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, diese Parteien, die die Interessen der Arbeiterschaft und der Arbeiter vertreten. "Siegt!" rufen auch die Demokraten und die Vertreter des Kleinbürgertums, des Mittelstandes und des Finanzkapitals, und "Siegt!" rufen natürlich am liebsten die Sozialdemokraten. Die Nationalisten, die schon während der Wahlkampagne verschwunden waren, halten noch fest an ihrem Standpunkt. Sie behaupten, daß sie mit diesen "Siegt!" was bedeutet vor allem die Tatsache, daß unsere Partei etwa eine Million Stimmen eingebüßt hat?

Diese Wahlen, die mit Recht den Namen "Buchhauswahl" tragen, haben trotz der vielen Hundert Jahre Buchhaus und Genossenschaft für Kommunisten, trotz des maßlosen Zerfalls, der Schlag auf kommunistische Funktionen und Abgerundete

geben, daß etwa 2% Millionen Wähler für die revolutionäre Partei des Proletariats, für die SPD, gestimmt haben. Der Stimmenverlust im Vergleich mit den Wahlwahlen war besonders gering in den Suburbangebieten (für Groß-Berlin etwa 4 Prozent), ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Partei



Nach getaner Arbeit ist gut ruh'n



Nach getaner Arbeit ist gut ruh'n

zeit, Gerendung, Veranbarung... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Frauen haben sich in der... die Teilnahme... die Teilnahme...

Uns der Maßarbeit der Kommunistinnen.

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Zentral der Bourgeoisie.

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Sage der werksüßigen Stran.

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Seimarbeiteröhne.

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Seimarbeiteröhne.

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...

Die Teilnahme an den... die Teilnahme... die Teilnahme...